



FIGU ZEITZEICHEN



Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 203 Juni/1 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibebeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.



Amerikas Zukunft: Eine wohlhabende, friedliche Nation oder ein bankrottetes, gewalttätiges Imperium?

Uncut-News, Brian Berletic via NEO New Eastern Outlook, Mai 18, 2026

Die USA stehen an einem Scheideweg und haben zwei Möglichkeiten. Entweder gelingt ihnen der Übergang von einer globalen Hegemonialmacht zu einer prosperierenden, friedlichen Nation, die mit allen anderen Nationen auf Augenhöhe zusammenarbeitet, oder sie setzen noch stärker auf die Fortführung eines bankrotten, gewalttätigen Imperiums, das weiterhin die Kontrolle über alle anderen Nationen anstrebt.

Um die Frage zu beantworten, welchen Weg die USA einschlagen werden, muss man zunächst die strukturellen Merkmale verstehen, auf denen die US-Hegemonie beruht.

Ein auf Dominanz aufgebautes System

Das derzeitige US-System basiert auf globaler Dominanz.

Der US-Dollar als globale Reservewährung ist es, der es den USA ermöglicht hat, Schulden in Höhe von mehreren Billionen Dollar anzuhäufen und dennoch immense Macht und Reichtum nicht nur innerhalb ihrer Grenzen, sondern weit darüber hinaus zu bewahren.

Diese daraus resultierende Hegemonie erlaubt es den USA, *globale Normen* in Bezug auf den Welthandel, Menschenrechte sowie die Entwicklung und Kontrolle über Schlüsseltechnologien festzulegen – insbesondere unter Ausübung immenser Heuchelei und selektiver Durchsetzung dabei.

«Die Vereinigten Staaten haben die Möglichkeit, sich zu einem stabilen, prosperierenden und mächtigen Mitglied der multipolaren Welt zu entwickeln, doch müssen sie zunächst ihre Abhängigkeit von der globalen Vorherrschaft überwinden.»

Dies hat es den USA zudem ermöglicht, ein Netzwerk von sogenannten *Sicherheitsgarantien* aufzubauen, in dessen Rahmen US-Streitkräfte Länder rund um den Globus besetzen – von Europa und dem Nahen Osten bis hin zu Südost- und Ostasien. Grundsätzlich soll damit die Sicherheit dieser *Verbündeten* gewährleistet werden, doch in der Praxis dient dies lediglich als Deckmantel für das, was die USA als *Machtprojektion* bezeichnen – die Fähigkeit der USA, praktisch überall auf der Welt innerhalb kürzester Zeit militärische Aggressionen auszuüben.

Oft geht diese US-amerikanische *Machtprojektion* auf Kosten der Sicherheit der Länder, die US-Truppen beherbergen.

Die Androhung oder Ausübung militärischer Aggressionen der USA rund um den Globus ist unerlässlich, um den US-Dollar als globale Reservewährung und damit die amerikanische Hegemonie insgesamt aufrecht-zuerhalten.

Militärische Aggressionen der USA dienen dazu, potenzielle Rivalen zu schwächen oder auszuschalten sowie die alternativen Finanz- und Währungssysteme, die diese unweigerlich aufbauen wollen, um sich aus der Unterordnung unter Wall Street und Washington zu befreien.

Dies ist seit Jahrzehnten die Politik der USA – auch vom Ende des Kalten Krieges bis heute.

Die wachsende Macht alternativer Systeme in der von vielen als *aufkommende multipolare Welt* bezeichneten Ordnung hat die USA gezwungen, nicht nur beispiellose Angriffskriege rund um den Globus zu führen – darunter Kriege und Stellvertreterkriege gegen Venezuela, Russland, den Jemen, den Libanon und den Iran –, sondern auch beispiellose Militärausgaben zu tätigen, wobei das aktuelle US-Militärbudget bei rund 1,5 Billionen US-Dollar liegt und weiter wächst.

Auch wenn dies auf den ersten Blick unhaltbar und irrational erscheint – es gibt mehrere Gründe, warum sich die USA weigern, einen rationaleren politischen Kurs einzuschlagen.

Die militärisch-industrielle Basis der USA besteht aus immens wohlhabenden und einflussreichen Konzernen. Die US-Dominanz, die sich aus den von ihnen ermöglichten weltweiten militärischen Aggressionen ergibt, trägt dazu bei, Monopole in anderen US-Branchen zu etablieren und auszubauen, darunter die Ölindustrie, die Agrarindustrie, die Automobilindustrie, die Pharmaindustrie, die Tech-Branche und viele mehr. Diese Branchen bilden zusammen das Fundament der wirtschaftlichen, militärischen, politischen und informativen Macht der USA. Die Ausrichtung jedes Unternehmens wird vom Vorrang der Aktionäre bestimmt, was bedeutet, dass jedes einzelne dieser Unternehmen gesetzlich verpflichtet ist, den Gewinn für seine Aktionäre ständig zu steigern.

Da unendliches Wachstum in einer endlichen Welt mit endlicher Bevölkerung und endlichen Ressourcen sowohl irrational als auch unhaltbar ist, schafft dies strukturelle Notwendigkeiten, Märkte und Wachstum um jeden Preis ständig zu erweitern – unter anderem durch Krieg, Ausbeutung, räuberische Kreditvergabe und viele weitere schädliche Praktiken.

Während dieses Wirtschaftssystem das Streben nach US-amerikanischer Vorherrschaft weltweit antreibt, dient die Ideologie als strukturelle Verstärkung – dazu gehört auch der Begriff des «amerikanischen Exzeptionalismus», der darauf besteht, dass die USA nicht nur allen anderen Nationen von Natur aus überlegen sind, sondern auch eine moralische und sogar «göttliche» Pflicht haben, die globale Hegemonie zu übernehmen.

Nicht nur ist unendliches Wachstum innerhalb eines endlichen Systems irrational und unhaltbar, sondern es gibt auch andere externe Gründe, warum das Streben der USA nach Hegemonie gefährlich unrealistisch ist.

Chinas Aufstieg wird von mehreren zentralen Realitäten angetrieben, die die USA nicht ohne Weiteres ändern können, darunter die Tatsache, dass China eine mehr als viermal so grosse Bevölkerung wie die USA hat und somit über eine weitaus grössere Erwerbsbevölkerung, eine weitaus grössere industrielle Basis, eine bessere Infrastruktur, tiefere und besser entwickelte Lieferketten sowie ein besseres Bildungssystem verfügt, das Millionen mehr Absolventen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik (STEM) hervorbringt, sowie eine wachsende Militärmacht – sowohl konventionell als auch nuklear –, die es immer unwahrscheinlicher machen, dass eine militärische Aggression der USA China erfolgreich zwingen oder eindämmen könnte.

«Was wäre, wenn ...»

Was wäre, wenn die USA beschliessen würden, dieses irrationale und unhaltbare Streben nach globaler Hegemonie aufzugeben?

Analysten stellen sich vor, die USA könnten dies erreichen, indem sie sich auf die westliche Hemisphäre zurückziehen, industrielle Kapazitäten zurückholen, das US-«Verteidigungsbudget» überprüfen und kürzen, von globaler «Machtprojektion» auf Investitionen in die heimische Infrastruktur umsteigen und die Stärke des US-Dollars auf Produktivität statt auf globale militärische Aggression stützen.

Das US-Aussenministerium müsste die Realität einer multipolaren Welt anerkennen und darin einen rationalen, angemessenen Platz finden – indem es seine «regelbasierte Ordnung» aufgibt, in der die USA und nur die USA die «Regeln» festlegen und die «Befehle» erteilen, und stattdessen eine Politik der Nichteinmischung sowohl innerhalb der westlichen Hemisphäre selbst als auch überall auf der Welt verfolgt.

Die USA müssten sich zudem endlich an das tatsächliche Völkerrecht halten – was die Ära der von den USA angeführten einseitigen Sanktionen und militärischen Interventionen weltweit beenden würde.

Im Inland müssten die USA von rentenorientierten Wirtschaftspraktiken zu tatsächlicher, physischer Industrieproduktion übergehen und sowohl in eine allgemeine Gesundheitsversorgung als auch in bezahlbare, qualitativ hochwertige Bildung investieren, um die für all das erforderliche Arbeitskräftepotenzial wieder aufzubauen.

Viele Analysten gingen vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024 davon aus, dass die Rhetorik der Trump-Kampagne mit diesem Wunsch nach einem Übergang von der globalen Hegemonialmacht zur Regionalmacht in der westlichen Hemisphäre, nach Reinvestitionen in die US-Industrie und -Infrastruktur im Einklang stand und dass ein «grosser Deal» mit Russland oder China oder sogar beiden unmittelbar bevorstand. Doch bereits vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024 und nun ganz klar seit den Wahlen hatten sich die USA bereits dazu verpflichtet, ihre Dominanz noch weiter auszubauen.

Der Wunsch der USA nach einer «Reindustrialisierung» wurde nicht als grundlegender wirtschaftlicher Wandel, sondern als geopolitische Notwendigkeit vorangetrieben, um die Waffen und Munition herzustellen, die für den Kampf gegen immer mächtigere Nationen wie China und Russland, aber auch den Iran und viele andere Nationen benötigt werden, die sich zunehmend einer multipolaren Weltanschauung zuwenden.

Selbst auf den Seiten der US-Nationalen Sicherheitsstrategie von 2025 – die viele dieser Analysten als Beweis für den Wunsch Amerikas anführten, sich auf die westliche Hemisphäre zurückzuziehen und einen «grossen Kompromiss» mit Nationen wie Russland und China anzustreben – legten die USA ihre fortbestehenden Ambitionen dar, den Aufstieg rivalisierender Mächte überall auf der Erde zu verhindern.

An einer Stelle hiess es in der NSS von 2025:

«... die USA werden ein Netzwerk zur Lastenteilung aufbauen, wobei unsere Regierung als Koordinator und Förderer fungiert. Dieser Ansatz stellt sicher, dass die Lasten geteilt werden und dass alle derartigen Bemühungen von einer breiteren Legitimität profitieren. Das Modell wird auf gezielte Partnerschaften abzielen, die wirtschaftliche Instrumente nutzen, um Anreize aufeinander abzustimmen, Lasten mit gleichgesinnten Verbündeten zu teilen und auf Reformen zu bestehen, die langfristige Stabilität verankern. Diese strategische Klarheit wird es den USA ermöglichen, feindlichen und subversiven Einflüssen effizient entgegenzuwirken und gleichzeitig eine Überlastung und einen diffusen Fokus zu vermeiden, die frühere Bemühungen untergraben haben.»

Mit anderen Worten: Die USA erkennen lediglich die steigenden Kosten ihrer globalen Vorherrschaft an und lagern diese an ihre verschiedenen Stellvertreter aus – von Europa bis zum asiatisch-pazifischen Raum –, wodurch sie weiterhin dem potenziellen Aufstieg alternativer Machtzentren entgegenwirken können, und zwar auf Kosten der Nationen in diesen Regionen, die sie bereits politisch unter ihre Kontrolle gebracht haben.

Beispiele hierfür sind nicht nur die Ukraine, sondern zunehmend auch der Rest Europas gegenüber Russland, die arabischen Staaten am Persischen Golf und Israel im Nahen Osten gegenüber dem Iran sowie Japan, Südkorea, die Philippinen und die Inselprovinz Taiwan im asiatisch-pazifischen Raum.

Anstatt sich auf die westliche Hemisphäre zurückzuziehen und einen *«grossen Deal»* mit Russland oder China anzustreben – und anstatt eine funktionierende Friedenswirtschaft aufzubauen –, haben die USA einfach ihre militärische Industrieproduktion im Inland verdoppelt sowie diese in US-Stellvertreterstaaten ausgelagert (*«Friend-Shoring»*) und eine Alles-oder-Nichts-Mentalität angenommen, die eindeutig darauf abzielt, die Weltwirtschaft sowohl für Stellvertreter als auch für Rivalen zu destabilisieren.

Anstatt also Kriege zu beenden, wie einige Analysten vorhergesagt hatten, haben die USA jeden einzelnen Krieg, in den sie vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024 verwickelt waren oder den sie unterstützten, eskaliert und mehrere neue Kriege begonnen, darunter den unglaublich gefährlichen und destabilisierenden US-Angriffskrieg gegen den Iran im Nahen Osten.

Die potenziellen Kosten des *«Alles-oder-Nichts»*-Denkens

In den Köpfen der amerikanischen Entscheidungsträger und der Interessengruppen, die ihre Entscheidungen lenken, ist die Herrschaft über die Trümmer dem unvermeidlichen Zusammenbruch des derzeitigen US-Systems vorzuziehen, da dieses prekär vom Status des US-Dollars als Weltreservewährung und vom rentenorientierten Charakter seiner Wirtschaft abhängt – im Gegensatz zum raschen Aufstieg alternativer Wirtschaftssysteme, die auf Zweckmässigkeit und Produktion basieren.

Aus diesem Grund steuern die USA rasch auf eine Überdehnung im Ausland und einen beschleunigten Verfall im Inland zu.

Die hypothetische Suche der USA nach einer konstruktiven Rolle unter den Nationen anstelle der Dominanz über sie ist das Ziel einer Nation, die stabil sein will. Die aktuelle US-Strategie wird von dem Wunsch nach Vorherrschaft getrieben. Historisch gesehen vollzieht sich der Übergang zu einer neuen internationalen Ordnung, wenn eine Grossmacht Vorherrschaft über Stabilität stellt, in der Regel durch eine grosse Krise – wie einen Weltkrieg – und nicht durch einen *«grossen Kompromiss»*.

Betrachtet man den US-Stellvertreterkrieg in der Ukraine, der eskaliert, indem die USA selbst Drohnenangriffe auf russische Energieproduktions-, -speicher- und -exportanlagen ausweiten; die gezielten US-Angriffe auf Tanker, die russische Energieexporte transportieren; den US-Angriffskrieg gegen den Iran und die anschliessende Blockade der Strasse von Hormus; sowie den anhaltenden militärischen Aufbau der USA im asiatisch-pazifischen Raum vor Chinas Küsten und sogar innerhalb seiner international anerkannten Grenzen (Taiwan) – sehen wir, wie genau diese grosse Krise gerade Gestalt annimmt.

Die Kluft zwischen einem rationalen, nachhaltigen und konstruktiven Friedensplan und der tatsächlichen Dynamik der US-Politik wird durch strukturelle Verfestigung getrennt. Sobald eine Nation ihre gesamte Wirtschaft, Währung und Identität darauf aufbaut, eine Hegemonialmacht zu sein, werden die Kosten für den Übergang zu einem nachhaltigeren und rationaleren Weg zu einer existenziellen Bedrohung für die Menschen und Interessen an der Macht.

Wer regelmässig die Anhörungen im US-Senat und Repräsentantenhaus verfolgt, kann selbst miterleben, wie das Gefühl einer existenziellen Bedrohung und die Angst vor dem Verlust der vollständigen Vorherrschaft über den Planeten nicht nur die Gedanken und Entscheidungen der US-Senatoren, Abgeordneten und des Weissen Hauses selbst bestimmen – sondern auch die besonderen Interessen der Unternehmens- und Finanzwelt: der Rüstungsindustrie, der grossen Ölkonzerne, der Agrarindustrie, der Tech-Giganten, der Pharmaindustrie und vieler anderer, die sie ins Amt gebracht haben und über sie daran arbeiten, die US-Aussen- und Innenpolitik in ihrem Namen voranzutreiben.

Für Politiker rühren diese Ängste von den vielen strukturellen Verstärkungen her, die dazu dienen, die politische Klasse Amerikas und bis zu einem gewissen Grad auch weite Teile der amerikanischen Öffentlichkeit

zu reglementieren – wie der amerikanische Exzeptionalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die Überlegenheitsideologie.

Für die Interessen der Unternehmens- und Finanzwelt rühren diese Ängste von dem schmerzhaften Übergang vom Rent-Seeking zur tatsächlichen Produktion her – den geringeren, aber nachhaltigeren Margen, die sich daraus ergeben – und der Tatsache, dass China, egal wie erfolgreich dieser Übergang auch sein mag, aufgrund seiner grundlegenden Vorteile – einer grösseren Bevölkerung, einer grösseren industriellen Basis und eines grösseren und besseren Bildungssystems – unweigerlich stärker und einflussreicher als die USA hervorgehen wird.

Aus diesem Grund – sollte ein solcher Übergang stattfinden – werden diese US-Unternehmens- und Finanzinteressen nie wieder die Möglichkeit haben, Gewalt – sei es militärisch, wirtschaftlich oder politisch – einzusetzen, um anderen zu entziehen, was immer sie wollen, wo immer sie wollen und zu welchen Kosten auch immer.

Wenn dies jedoch das ist, was die Existenz des derzeitigen US-Systems antreibt – und eine Abkehr davon eine *existenzielle Bedrohung darstellt* – dann ist es ein System, das gar nicht erst existieren sollte.

Es ist ein System, das das amerikanische Volk – und der Rest der multipolaren Welt – gemeinsam aufdecken, ablegen und durch zielgerichtete wirtschaftliche Aktivitäten unter der Vorrangstellung der nationalen Souveränität im Rahmen des geltenden Völkerrechts ersetzen sollte.

Die Vereinigten Staaten haben die Möglichkeit, sich zu einem stabilen, prosperierenden und mächtigen Mitglied der multipolaren Welt zu entwickeln, doch zunächst müssen sie ihre Sucht nach globaler Hegemonie überwinden. Um eine Sucht zu besiegen, muss man zunächst einmal zugeben, dass überhaupt eine Sucht vorliegt. Nur die Zeit wird zeigen, ob die USA dies selbst erkennen können oder ob die multipolare Welt die globalen Bedingungen schaffen kann, die eine fortwährende Kontrolle der USA *über* die Welt unmöglich machen und ihnen nur eine Option lassen – den Übergang zu einer nachhaltigeren und konstruktiveren Rolle in der Welt.

Quelle: America's Future: A Prosperous, Peaceful Nation, or a Bankrupt, Violent Empire?

Quelle: <https://uncutnews.ch/amerikas-zukunft-eine-wohlhabende-friedliche-nation-oder-ein-bankrottess-gewalttaetiges-imperium/>



12 Anzeichen dafür, dass sich der unaufhaltsame Niedergang unserer Gesellschaft beschleunigt

uncut-news, Tyler Durden via ZeroHedge, Mai 19, 2026
Verfasst von Michael Snyder via End Of The American Dream

In diesem Artikel möchte ich euch einige wirklich verrückte Dinge mitteilen.

Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten schreibe ich über den Niedergang unserer Gesellschaft. Leider hat sich unsere Kultur in dieser Zeit unaufhaltsam verschlechtert. Wir sind uns nicht mehr auf allgemein anerkannte moralische Werte geeinigt, alle unsere wichtigen Institutionen bröckeln, und **auf den Strassen herrscht Chaos**. Jeden Tag sehe ich mehr Anzeichen dafür, dass sich die Lage weiter verschlechtert. Ich habe immer gehofft, dass die Aufdeckung der tatsächlichen Zustände die Menschen dazu inspirieren würde, auf Veränderungen zu drängen. Stattdessen **verschlechtern sich die Verhältnisse Jahr für Jahr weiter**.

Wenn wir unsere Gesellschaft lieben, sollte das, was mit ihr geschieht, uns alle zutiefst betrüben. Hätten unsere Politiker ganz andere Entscheidungen getroffen, hätten wir ganz andere Ergebnisse erzielen können. Doch nun sind die Dinge völlig ausser Kontrolle geraten, und die Zeit läuft davon. **Im Folgenden finden Sie 12 Anzeichen dafür, dass sich der unaufhaltsame Niedergang unserer Gesellschaft beschleunigt ...**

#1 Bislang gab es im Jahr 2026 in den Vereinigten Staaten 116 Massenerschiessungen. Leider liegen wir damit 36 Prozent über dem rasanten Tempo des Vorjahres. Und es scheint, dass es potenziell noch viel

mehr Amokläufer gibt, denn eine aktuelle Umfrage ergab, dass 19,3 Millionen Amerikaner ernsthaft darüber nachgedacht haben, jemanden zu erschiessen...

Etwa 19,3 Millionen erwachsene Amerikaner – das entspricht in etwa der Gesamtbevölkerung von New York City und Los Angeles – haben irgendwann einmal ernsthaft darüber nachgedacht, eine andere Person zu erschiessen. Das ist die erschreckende Hochrechnung aus einer neuen nationalen Umfrage, die in JAMA Network Open veröffentlicht wurde – ein Versuch, diese wenig erforschte Grippe zu quantifizieren und sie als Schwerpunkt für die Prävention von Waffengewalt zu etablieren.

#2 Wenn es so aussieht, als gäbe es überall um dich herum verrückte Menschen, dann liegt das daran, dass es tatsächlich überall um dich herum verrückte Menschen gibt. Heutzutage weiss man nie, was jemanden aus der Fassung bringen könnte, und die Folgen können absolut tragisch sein. Zum Beispiel hat vor wenigen Tagen ein wahnsinniger Mann in Louisiana acht Kinder erschossen. Sieben davon waren seine eigenen Kinder ...

Ein Mann tötete am frühen Sonntagmorgen bei einer Massenerschiessung in Shreveport, Louisiana, acht Kinder – sieben seiner eigenen Kinder und einen ihrer Cousins –, wie Behördenvertreter mitteilten. Der Schütze ist ebenfalls tot, nachdem die Polizei ihn verfolgt hatte und es zu einem Schusswechsel kam. Es war die tödlichste Schiesserei des Landes seit mehr als zwei Jahren.

Die Kinder wurden bei einer Schiesserei getötet, die die Polizei als «hinrichtungsähnlich» bezeichnete. Unter den Opfern waren fünf Mädchen und drei Jungen im Alter von 3 bis 11 Jahren, wie die Gerichtsmedizin bestätigte. Nach Angaben der Behörde identifizierten ihre Mütter die Kinder als: Jayla Elkins, 3; Shayla Elkins, 5; Kayla Pugh, 6; Layla Pugh, 7; Markaydon Pugh, 10; Sariah Snow, 11; Khedarrion Snow, 6; und Braylon Snow, 5.

#3 Die Lage ist so schlimm, dass sogar behinderte Amerikaner Menschen erschossen. Tatsächlich wurde ein vierfach Amputierter wegen Mordes angeklagt, nachdem er einen Beifahrer erschossen hatte, während er in Maryland ein Fahrzeug fuhr ...

Dayton Webber sagte einmal, er glaube, Gott habe ihn auf diesen Planeten gebracht, um andere zu inspirieren, daran zu glauben, dass sie alles erreichen könnten, was sie wollten.

Nun sieht sich der erste vierfach Amputierte in der Geschichte der American Cornhole League mit Mordanklagen konfrontiert, nachdem ihm vorgeworfen wird, während der Fahrt in Maryland einen Mann tödlich erschossen zu haben.

Nach Angaben des Charles County Sheriff's Department soll Webber aus La Plata, Maryland, am Abend des 22. März 2026 während eines Streits einen Beifahrer erschossen haben.

#4 Die Behörden betonen immer wieder, dass die Kriminalität unter Kontrolle sei, doch wir erleben weiterhin spektakuläre Verbrechen, die überall im Land begangen werden. Anfang dieser Woche verübten zwei Männer in Philadelphia einen Überfall auf einen gepanzerten Geldtransporter, der direkt aus einem CBS-Krimidrama stammen könnte...

Zwei mit Gewehren bewaffnete, maskierte Männer führten am helllichten Tag einen dreisten Überfall auf einen gepanzerten Brinks-Transporter im Stadtteil Tacony im Nordosten von Philadelphia durch und flohen mit einer Beute, die laut Behördenangaben bis zu 1,8 Millionen Dollar in bar betragen könnte.

Beamte der Polizei von Philadelphia teilten ABC 6 mit, dass sich der Raubüberfall am 21. April gegen 9:45 Uhr im 7200er-Block der Torresdale Avenue ereignete, als der Brinks-Transporter gerade ein Budget Financial Center bediente.

Brinks ist ein nationales Sicherheits- und Geldtransportunternehmen, das Geld für Banken und Einzelhändler transportiert.

Laut Angaben von Strafverfolgungsbeamten fuhr ein blauer Acura-SUV auf den Parkplatz, woraufhin zwei schwarz gekleidete Verdächtige ausstiegen, mit Gewehren drohten, den Fahrer bedrohten und schliesslich Taschen mit Bargeld an sich nahmen.

#5 Warum sollte jemand absichtlich mit einem Fahrzeug in eine Polizeistation rasen? Entweder handelt es sich hier um einen der dümmsten Kriminellen, von denen ich je gelesen habe, oder hier ist etwas anderes im Gange ...

Ein Mann fuhr am Dienstagnachmittag absichtlich mit seinem SUV in das Hauptquartier des 2. Bezirks der Polizei von Philadelphia, so Polizeikommissar Kevin Bethel, und verfehlte dabei nur knapp mehrere Personen, die sich im Inneren aufhielten.

Die Polizei identifizierte den Verdächtigen am Mittwoch als den 26-jährigen Dieufort Joly aus dem 2100er-Block der Glendale Avenue.

Joly wird wegen sechs Fällen von schwerer Körperverletzung, sechs Fällen von einfacher Körperverletzung, sechs Fällen von rücksichtsloser Gefährdung einer anderen Person, einem Fall von Herbeiführung/Gefährdung einer Katastrophe, einem Fall von Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen und einem Fall von Besitz eines Tatwerkzeugs angeklagt.

#6 Überall in Amerika führen wilde Gruppen junger Menschen spät in der Nacht «Strassenübernahmen» durch. Leider geschieht dies sogar in einigen unserer wohlhabendsten Viertel ...

Wieder einmal brach in einem gehobenen Viertel von Washington DC das Chaos aus, nachdem eine grosse Meute von ausser Kontrolle geratener Teenager die Kontrolle übernommen hatte.

Am Samstagabend drang eine randalierende Gruppe von Teenagern in den Navy Yard ein, ein schickes und angesagtes Viertel in der US-Hauptstadt, während die Menschen auswärts zu Abend assen und versuchten, ihren Abend zu geniessen.

In einem Video, das die Ermittlerin Elissa De Souza auf X gepostet hat, ist zu sehen, wie eine riesige Menschenmenge mitten durch eine belebte Kreuzung rennt, einige zu Fuss, andere auf Fahrrädern.

#7 In den letzten Jahrzehnten sind Millionen von Muslimen in die Vereinigten Staaten eingewandert, und ihre jungen Leute schliessen sich ebenfalls dem Trend der «Strassenübernahme» an ...

Schläger, die palästinensische Flaggen schwenkten, blockierten gestern Abend den Verkehr, übernahmen die Strasse, legten ein Feuer und führten Autostunts in dem familienorientierten Viertel Middle Village in Queens, NY, vor.

Das ist Mamdanis NYC.

Queens, NY, hat eine der höchsten Konzentrationen von Muslimen in New York City.

#8 Ich muss Ihnen nicht sagen, dass sexuelle Promiskuität in unserer Gesellschaft absolut grassiert, denn das ist für jeden offensichtlich. In Minneapolis beabsichtigen die Behörden, öffentlichen Sex in Badehäusern zu legalisieren, weil die schwule somalische Gemeinschaft lautstark darauf drängt ...

Die Stadtverwaltung von Minneapolis treibt Pläne voran, Badehäuser und Sexlokale für Erwachsene zu legalisieren, in denen einvernehmliche Erwachsene sexuellen Aktivitäten nachgehen können, und hebt damit ein 38-jähriges Verbot auf, das während der AIDS-Epidemie erlassen wurde.

Der von Aktivisten vorangetriebene Vorstoss erfolgt, da die schwule somalische Gemeinschaft in Minneapolis lautstark die Legalisierung von Badehäusern fordert. Die Stadtverwaltung erwägt den Vorschlag, der es den Besuchern erlauben würde, in den Lokalen Geschlechtsverkehr zu haben, berichtet die New York Post.

#9 Kinder gelten in unserer Gesellschaft mittlerweile als Belastung, und die Geburtenrate in den USA sank im vergangenen Jahr auf ein neues Rekordtief ...

Die Geburtenrate in den USA sank 2025 leicht auf ein **neues Rekordtief** und setzte damit den seit zwei Jahrzehnten anhaltenden Rückgang fort, wie aus am Donnerstag veröffentlichten Daten der Bundesregierung hervorgeht.

Die Geburtenrate – die Zahl der Geburten pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter – sank laut dem National Center for Health Statistics von 53,8 im Jahr 2024 auf 53,1.

Auch die Zahl der Geburten ging zurück und sank gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozent auf 3'606'400.

#10 Auch ältere Menschen gelten als Belastung, und New York hat sich gerade der wachsenden Liste von Bundesstaaten angeschlossen, **die die ärztliche Sterbehilfe offiziell legalisiert haben ...**

In diesem Monat schloss sich New York der wachsenden Zahl von Bundesstaaten an, die die ärztliche Sterbehilfe legalisiert haben. Befürworter sagen, dass es Mitgefühl für Sterbende zeige, wenn man Patienten die Wahl gebe, ihr Leben mit Hilfe eines Arztes zu beenden. Gegner warnen, dass dies grössere ethische Probleme schaffe.

Mehr als ein Dutzend Bundesstaaten und Washington, D.C., erlauben die Praxis der ärztlich assistierten Selbsttötung. New York schloss sich als jüngster Bundesstaat an, als der Gouverneur diesen Monat das Gesetz zur medizinischen Sterbehilfe legalisierte – ein Schritt, der nach Ansicht vieler Kritiker das Land in Bezug auf die Frage von Leben und Tod auf eine noch schlüpfrigere Bahn bringt.

Matt Sharp von der Alliance Defending Freedom sagte: «Mit diesem Gesetz sind die Schleusen nun weit geöffnet.»

#11 Ich höre immer wieder von einem Wiederaufleben der Religion in diesem Land, doch eine Gallup-Umfrage hat ergeben, dass der Anteil der Amerikaner ohne jegliche Religionszugehörigkeit **einen neuen Rekordwert** erreicht hat ...

Amerikaner ohne formelle religiöse Identität, im Volksmund als «Nones» bekannt, erreichten 2025 einen Rekordanteil an der Bevölkerung, laut Gallup-Daten, die zeigen, dass weniger als 50% der Erwachsenen angeben, Religion sei in ihrem Leben «sehr wichtig».

Die Ergebnisse, die auf Interviews mit mehr als 13'000 Erwachsenen in den USA im Rahmen der monatlichen Gallup-Umfragen von 2025 basieren, zeigen, dass der Anteil der Amerikaner, die sich als «Nones» bezeichnen, einen neuen Höchststand von 24% erreicht hat, nach 21% bis 22% in den vorangegangenen vier Jahren. Der Anteil der Amerikaner, die sich als «Nones» bezeichnen, ist seit 1948 stetig von 2% auf den aktuellen Rekordwert gestiegen.

#12 George Barna ist einer meiner absoluten Lieblingsumfrageexperten, und er hat kürzlich eine Umfrage durchgeführt, die ergab, dass **nur 1 Prozent der Generation Z** eine biblische Weltanschauung hat ...

Eine aktuelle Umfrage unter erwachsenen US-Amerikanern ergab, dass trotz eines sprunghaften Anstiegs des Interesses am Christentum und der Kirchenbesuche in den Monaten seit der Ermordung von Charlie Kirk die Zahl der Menschen, die eine biblische Weltanschauung vertreten, weiterhin kritisch niedrig ist, darunter nur 1% der Generation Z.

Die neueste Ausgabe des «American Worldview Inventory», die im Januar vom Cultural Research Center der Arizona Christian University unter der Leitung des Forschers George Barna durchgeführt wurde, stellte 2000 erwachsenen US-Amerikanern eine Reihe von 53 Fragen, um festzustellen, ob sie konsequent nach einer biblischen Weltanschauung leben.

Die jungen Erwachsenen von heute sind die Führungskräfte von morgen.

Wie würde unsere Gesellschaft also aussehen, wenn sie das Ruder übernehmen?

Im Lauf der Menschheitsgeschichte sind grosse Gesellschaften entstanden und wieder untergegangen.

Die Zukunft unserer eigenen Gesellschaft wird von uns geschrieben.

Leider befindet sich unsere Gesellschaft derzeit in einem ernsthaften Niedergang, und es würde buchstäblich ein grosses Wunder erfordern, um die Lage in dieser Phase noch zu wenden.

Quelle: 12 Signs That The Relentless Decline Of Our Society Is Accelerating

Quelle: <https://uncutnews.ch/12-anzeichen-dafuer-dass-sich-der-unaufhaltsame-niedergang-unserer-gesellschaft-beschleunigt/>



Deutschlands militärische Schutzherrschaft über die Ukraine ist ein entscheidender Teil seiner grossen Strategie

Andrew Korybko, uncut-news.ch, Mai 22, 2026

Die Führungsrolle bei der Eindämmung Russlands in Europa im Auftrag der USA ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau des «Fortress Europe» (Festung Europa) und damit für die Hegemonie auf dem Kontinent, ohne einen Schuss abzufeuern.

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius kündigte bei seinem jüngsten Besuch in Kiew an, dass ihre Länder gemeinsam «Fähigkeiten für tiefe Schläge» entwickeln werden. Der Artikel von RT über diesen bedeutenden Schritt erinnerte die Leser daran, dass «Berlin sich als grösster militärischer Einzelspender Kiews erwiesen hat, nachdem die USA von der direkten Waffenlieferung an die Ukraine zum Verkauf an andere NATO-Unterstützer Kiews übergegangen sind, die diese dann übergeben. Deutschland gab von Januar 2022 bis Februar 2026 etwa 20 Milliarden Euro (23,5 Milliarden Dollar) für Waffen für die Ukraine aus.»

Deutschlands militärische Schutzherrschaft über die Ukraine ist ein entscheidender Teil seiner grossen Strategie und wird seit Sommer 2023 vorbereitet. Kurz gesagt: Das hegemoniale Manifest des ehemaligen Kanzlers Olaf Scholz vom Dezember 2022 machte die Ambitionen seines Landes deutlich, die unter den gegenwärtigen geopolitischen Bedingungen andernorts als «Fortress Europe» beschriebene Idee neu zu erschaffen. Dies erfordert den Aufbau der grössten Armee Europas, was gerade geschieht, sowie die Ausübung militärischen Einflusses auf die Ukraine, um Russland zu bedrohen.

Aus der Perspektive der ständigen militärischen, geheimdienstlichen und diplomatischen Bürokratien Deutschlands trägt ihr Land nun gemäss dem Titel ihrer ersten militärischen Nachkriegsstrategie vom späten April «Verantwortung für Europa». Auf deren Veröffentlichung folgte das Lob des einflussreichen Unterstaatssekretärs für Politik Elbridge Colby, der als militärstrategischer Kopf hinter Trump 2.0 gilt, der Deutschland dafür lobte, «die führende Rolle» beim Wandel hin zur «NATO 3.0» zu übernehmen. Hier sind 15 Hintergrundberichte aus den letzten vier Jahren:

- 20. Juli 2022: «Deutschlands jahrhundertelanger Plan zur Kontrolle Europas ist fast abgeschlossen.»
- 7. Dezember 2022: «Olaf Scholz Manifest für das Magazin Foreign Affairs bestätigt Deutschlands hegemoniale Ambitionen.»
- 25. April 2023: «Deutschlands neue antirussische Rolle ist teilweise seinem regionalen Wettbewerb mit Polen geschuldet.»
- 27. April 2023: «Russland muss sich erneut auf eine langwierige Rivalität mit Deutschland einstellen.»
- 16. August 2023: «Deutschlands versprochene militärische Schutzherrschaft über die Ukraine verstärkt seinen regionalen Wettbewerb mit Polen.»
- 23. September 2023: «Polen deutete an, dass Deutschland an seinem Streit mit der Ukraine schuld sei.»

- 2. Oktober 2023: «Morawiecki verdächtigt, dass Selenskyj hinter Polens Rücken einen Deal mit Deutschland gemacht hat.»
- 24. November 2023: «Die vorgeschlagene «militärische Schengen-Zone» der NATO ist ein kaum verhülltes deutsches Machtspiel gegen Polen.»
- 19. Januar 2024: «Deutschland baut «Fortress Europe» wieder auf, um den USA bei ihrer «Rückkehr (back) nach Asien» zu helfen.»
- 19. März 2024: «Polen ist bereit, eine unverzichtbare Rolle in Deutschlands «Fortress Europe» zu spielen.»
- 5. Juli 2024: «Deutschland bereitet sich darauf vor, Teilverantwortung für die Sicherheit der polnischen Ostgrenze zu übernehmen.»
- 25. April 2025: «Bewertung der Warnung von Foreign Affairs vor den Risiken eines selbstbewussten und remilitarisierten Deutschlands.»
- 7. Januar 2026: «Deutschland konkurriert mit Polen um die Führung bei der Eindämmung Russlands,»
- 8. Mai 2026: «Besprechung von Medwedews Artikel über Deutschlands Remilitarisierung.»
- 12. Mai 2026: «Warum Deutschland die USA als wahrgenommenen Hauptgegner Russlands ablösen könnte.»

Was sie zeigen, ist, dass Deutschland sich sofort in diese Richtung zu bewegen begann, insbesondere was seine militärische Schutzherrschaft über die Ukraine als Machtdemonstration gegenüber dem historischen Rivalen Polen betrifft, nach Scholz «Zeitenwende»-Rede, die er Ende Februar 2022 kurz nach Beginn der Spezialoperation hielt. Ohne Polen aus der Ukraine zu verdrängen – was ihr jüngster «Deep Strike»-Pakt beweist, dass militärstrategisch bereits geschehen ist – könnte Deutschland «Fortress Europe» nicht wieder aufbauen.

Zugegeben, Polen hat seine Pläne, seinen verlorenen Grossmachtstatus wiederherzustellen und zumindest seine Einflussphäre über die baltischen Staaten wiederzuerlangen, nicht aufgegeben, und die mögliche Rückkehr einer deutschland-skeptischen konservativen Kontrolle über das Parlament nach den nächsten Wahlen im Herbst 2027 könnte ihre Rivalität verstärken. Dennoch wird erwartet, dass Polen, da bis dahin deutschlandfreundliche Liberale mit Ausnahme der Präsidentschaft an der Macht sind, in ihrem Kampf um militärischen Einfluss über die Ukraine weiter hinter Deutschland zurückfällt.

Die einzigen Möglichkeiten, dieses Szenario auszugleichen, sind, dass Russland jeglichen ausländischen militärischen Einfluss auf die Ukraine beseitigt oder die USA beschliessen, ihren eigenen Einfluss dort wiederherzustellen, den sie an Deutschland abgetreten haben, bevor sie gemäss der Nationalen Verteidigungsstrategie die westliche Hemisphäre und den Indopazifik wieder priorisieren. Wenn Deutschland seinen militärischen Einfluss über die Ukraine festigt, insbesondere wenn Polens regierende Liberale erfolgreich darin sind, sich vollständig Deutschland unterzuordnen, dann wird «Fortress Europe» errichtet werden und Deutschland wird ohne einen Schuss zur Hegemonen Europas werden.

Quelle: Germany's Military Patronage Of Ukraine Is A Crucial Part Of Its Grand Strategy

Quelle: <https://uncutnews.ch/deutschlands-militaerische-schutzherrschaft-ueber-die-ukraine-ist-ein-entscheidender-teil-seiner-grossen-strategie/>



Die US-Sanktionen aus Sicht der «Cuba News Agency» © CNA

«Was die USA Kuba antun, ist grausam»

Zwei US-Abgeordnete waren vor Ort: Kein Benzin, kein Strom, doppelte Kindersterblichkeit: Die Sanktionen verletzen das Völkerrecht.

Josef Estermann

Im April waren die beiden Abgeordneten der demokratischen Partei im US-Kongress, Pramila Jayapal aus Washington und Jonathan L. Jackson aus Illinois, zu Besuch in Kuba, um sich selbst ein Bild der Folgen der drastischen Embargo- und Blockade-Politik der US-Regierung zu machen. Was sie dabei antrafen, hat sie «schockiert», wie sie gegenüber der «New York Times» berichteten.

Gesundheitswesen im Notstand

Das bis vor einigen Jahren vorbildliche kubanische Gesundheitswesen steht aufgrund des Mangels an Strom und Treibstoff kurz vor dem Kollaps. Viele Geräte funktionieren nicht mehr, nachdem die Stromversorgung im Land mehrere Male ausgefallen ist und empfindliche elektronische Teile in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Sanktionen und die jüngste Blockade durch die USA, die auch andere Länder in «Geiselschaft» nehmen, machen es unmöglich, Ersatzteile aus dem Ausland zu beziehen.

So müssen Beatmungsgeräte manuell betrieben werden. Brutkästen funktionieren nur, wenn es Strom gibt. Stromaggregate sind inzwischen wegen Treibstoffmangel ebenfalls ausgestiegen. Viele Ärztinnen und Ärzte schaffen es nur mit Mühe oder grosser Verspätung ins Krankenhaus, da sie keinen Treibstoff für ihre Fahrzeuge auftreiben können. Die Aufzüge in den Spitälern funktionieren bei Stromausfall nicht mehr.

Aufgrund der drastischen Sanktionen ist die Säuglingssterblichkeit, die bis 2018 zu den tiefsten der Welt zählte, in den letzten Jahren sprunghaft um 148 Prozent angestiegen. 1800 Säuglinge sind wegen der nicht vorhandenen Ersatzteile und Treibstoffe in der Zeit von 2018 bis 2025 gestorben.

US-Blockade würgt kubanische Wirtschaft ab

Zusätzlich zum längsten Embargo der Welt (seit 1960) haben die USA im Januar dieses Jahres eine Blockade aller Treibstofflieferungen beschlossen, welche die Insel versorgen sollten. Grundlage dieser Blockade bildet das Regierungsdekret 14380 vom 29. Januar 2026, «Addressing Threats to the United States by the Government of Cuba», von US-Präsident Donald Trump, wonach Kuba eine «extreme Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA» darstelle. Wie bei den bisherigen Sanktionen werden Staaten, die sich nicht an die Blockade halten, von den USA entsprechend bestraft.

In den letzten vier Monaten gelangte ausser über einen einzigen russischen Öltanker kein Treibstoff auf die Insel. Praktisch die gesamte Stromproduktion und die Transporte hängen in Kuba vom Treibstoff ab, der bis vor kurzem noch aus Venezuela bezogen werden konnte. Seit der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro durch Spezialeinheiten der US-Armee und der Kontrolle aller Ölausfuhren kann Kuba keinen Treibstoff mehr aus dem südlichen Land beziehen.

Wer sich dennoch wagt, Kuba mit Treibstoff zu versorgen, muss in Kauf nehmen, auf offener See von den USA angegriffen zu werden. Kuba musste inzwischen seine Wirtschaft derart drosseln, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis das Land vollends kollabiert.

Ziel: Regimewechsel oder «Übernahme» durch die USA

Seit der kubanischen Revolution 1959 ist Kuba, das zuvor als «Casino» und «Bordell» der USA galt, diesen ein Dorn im Auge. Die Sanktionen, die inzwischen bereits 67 Jahre andauern, hatten zum Ziel, das Land gefügig zu machen und es wieder in die Einflussosphäre der USA zurückzuholen, ganz nach der Monroe-Doktrin. Diese besagt, dass Lateinamerika insgesamt zur Einflussosphäre der USA gehöre. Vor kurzem hat Donald Trump diese Doktrin bestätigt und als «Donroe-Doktrin» zudem verschärft.

Kuba konnte sich dank der Unterstützung durch die Sowjetunion und nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 mit Hilfe befreundeter Regimes wie Venezuela, Russland oder Nicaragua über Wasser halten. Unter US-Präsident Obama schien Tauwetter in den Beziehungen zwischen Kuba und den USA angesagt. Der Tourismus begann wieder zu boomen, die Wirtschaft wurde liberalisiert und die kubanische Zivilgesellschaft nahm an Bedeutung zu.

Doch Donald Trump bereitete diesem «Frühling» ein abruptes Ende und scheint dem Land mit den jüngsten Blockaden den Todesstoss zu versetzen. Laut den beiden Kongress-Abgeordneten geht es dabei nicht mehr um eine Öffnung des Inselstaates für eine liberale Marktwirtschaft oder Freiheiten für die Zivilgesellschaft, sondern um einen «Regimewechsel» oder sogar um eine «Übernahme». Dies hat Präsident Trump jedenfalls kundgetan. Er glaube, dass er «die Ehre haben werde», Kuba «in irgendeiner Form zu übernehmen oder zu befreien», sagte er am 17. Mai vor Journalisten.

Verstoss gegen das Völkerrecht

Die beiden Repräsentanten des US-Kongresses halten die aktuelle Blockade gegen Kuba für einen klaren Verstoss gegen das Völkerrecht, die staatliche Souveränität eines Landes und das Recht der Nationen auf freien Handel. Gegenüber der «New York Times» meinten sie: «Wir kehrten von unserer Reise mit der Gewissheit zurück, würde das amerikanische Volk das volle Ausmass dessen kennen, was vor Ort in Kuba geschieht, würde es sofort ein Ende der Blockade fordern.»

Die demokratischen Defizite, eine verfehlte Wirtschaftspolitik oder eine allfällige Kleptokratie würden es nicht rechtfertigen, ein Land auf diese drastische Art in die Knie zu zwingen.

«Anti-Diplomatie» herrscht in Europa Erwarten Sie kein baldiges Ende des Ukraine-Krieges

Ian Proud

Ich sage schon lange, dass der Krieg in der Ukraine bis 2027 andauern wird. Ohne ein grundlegendes Umdenken der europäischen Politik, was derzeit äusserst unwahrscheinlich erscheint, oder ohne eine signifikante militärische Eskalation von russischer Seite, was möglicherweise wahrscheinlicher ist, könnte der Krieg tatsächlich noch viel länger dauern.

Ich bin weiterhin äusserst pessimistisch, was einen Kurswechsel auf europäischer Seite unter der aktuellen Führung von Ursula von der Leyen mit Merz in Berlin, Macron in Paris und Starmer in London angeht.

Der Hauptgrund dafür ist, dass die europäische Position zum Krieg seit seinem Beginn unverändert geblieben ist. Man könnte sogar sagen, sie hat sich mit den Plänen zur Remilitarisierung Europas verhärtet. Die gegenwärtige Haltung beruht darauf, dass es keine Verhandlungen und keine Zugeständnisse an Russland gibt, selbst trotz der von den USA unter Trump angeführten Bemühungen um Frieden, die die europäische Seite bei jeder Gelegenheit zu torpedieren versucht hat.

Ich nenne diesen Ansatz «Antidiplomatie», bei dem Verhandlungen selbst als Belohnung betrachtet und aus Angst, den Gegner – in diesem Fall Russland – zu belohnen, zurückgehalten werden.

Im Hinblick auf den Ukraine-Krieg gibt es auch hier die unausgesprochene und mitunter ausgesprochene Annahme, selbst in den Mainstream-Medien, dass ein Krieg mit Russland unausweichlich sei und die Ukraine Europa Zeit zum Aufrüsten verschaffe.

An vorderster Front dieser europäischen »Antidiplomatie« steht ihre prominenteste Vertreterin, Kaja Kallas, die offenbar keinerlei diplomatische Fähigkeiten besitzt, zumindest nicht ausserhalb der Brüsseler Ausschusssäle, wo sie bemerkenswert effektiv darin zu sein scheint, die Gemüter zu beruhigen.

Ihre jüngste Bestätigung der «Antidiplomatie» erfolgte letzte Woche, als sie sagte, die EU solle nicht «betteln», mit den Russen zu sprechen.

«Was wir bisher gesehen haben, ist, dass Russland keinerlei Dialog will», sagte Kallas nach einem Treffen der nordisch-baltischen Minister. «Wir sollten uns nicht erniedrigen, indem wir Forderungen stellen – wissen Sie, wir flehen Sie an, mit uns zu reden.» Stattdessen, so sagte sie, müsse das Ziel sein, Russland «vom Scheinverhandeln zum tatsächlichen Verhandeln zu bewegen».

Diese Aussage war aus mehreren Gründen höchst bizarr.

Erstens hat Russland seine Dialogbereitschaft bewiesen. Unmittelbar nach Kriegsbeginn im März/April 2022, als in Istanbul beinahe ein Friedensabkommen erzielt worden wäre, bevor Boris Johnson und Victoria Nuland es zunichtemachten. Während der Gespräche in Istanbul im Sommer 2025, nach Trumps Amtsantritt. Bei Putins Treffen mit Trump in Alaska, das zu einem gewissen Verständnis der russischen Forderungen führte. In den direkten Gesprächen zwischen der russischen und der ukrainischen Seite Ende 2025 und Anfang 2026.

Russlands Teilnahme an den Verhandlungen wurde weder gefordert noch erbeten.

Objektiv betrachtet waren europäische Politiker durch eine Art «Anti-Diplomatie» seit Kriegsbeginn zu keinem Zeitpunkt bereit, mit Russland zu verhandeln. Nach den Gesprächen in Alaska erklärte Ursula von der Leyen, Moskau habe keinerlei Absicht, Friedensgespräche zu führen, selbst nachdem Putin mit Trump gesprochen hatte. Diese Aussage war bizarr, aber angesichts der Häufigkeit, mit der diese Linie in Brüssel und anderswo in Europa wiederholt wird, auch nicht ungewöhnlich.

Zehn Monate nach Kriegsbeginn erklärte Joe Biden, er werde nur mit Putin sprechen, wenn Russland ernsthaftes Interesse an einer Beendigung des Krieges zeige. Anders ausgedrückt: Die USA würden keine Gespräche aufnehmen, solange Russland nicht allen westlichen Forderungen ohne jegliche Zugeständnisse, auch nicht in Bezug auf die NATO-Mitgliedschaft, zustimme.

Im Dezember erklärte Macron, Europa müsse mit Putin in Dialog treten. Dieses Angebot verlief jedoch im Sand, da in Brüssel Machtkämpfe darüber entbrannten, wer den europäischen Vertreter in den möglichen Gesprächen stellen sollte.

Keir Starmer hat mehrfach erklärt, dass er keine Pläne hat, mit Putin zu sprechen. Grossbritannien selbst hat erklärt, dass es nicht mit Russland verhandeln werde, selbst wenn Europa dies täte.

Diese von westlichen Unterstützern der Ukraine vorangetriebene «Anti-Diplomatie», bei der die Nichtbeachtung von Gesprächen mit Russland die Norm ist, ist also etabliert und praktisch unumstösslich. Tatsächlich wurde sie im Sommer 2014 vom britischen Aussenministerium initiiert, nachdem Philip Hammond Aussenminister geworden war. Zwölf Jahre später haben die Europäer diesen Ansatz komplett übernommen und sich die Verantwortung dafür zu eigen gemacht.

Vor Kurzem hat der belgische Premierminister Bart de Wever Gespräche mit Russland vorgeschlagen, doch es ist absolut nichts geschehen.

Wenn man sich Kallas' Aussage also noch einmal ansieht, wird deutlich, wie absurd sie ist.

Zunächst ist sie absurd in ihrer Annahme, Europa könnte Russland um Friedensgespräche «anbetteln». Europa hat alles in seiner Macht Stehende getan, um Gespräche zu vermeiden. Wenn von der Leyen, Merz, Macron, Starmer oder eine beliebige Kombination von ihnen Gespräche mit Russland vorschlagen würden, glaube ich, dass Putin zustimmen würde. Alle bisherigen, von den USA vermittelten Gespräche deuten darauf hin.

Tatsächlich fanden während des gesamten Krieges fortlaufende Gespräche zwischen Russland und der Ukraine über praktische Fragen wie den Austausch von Gefangenen und Leichen sowie die Wiedervereinigung vertriebener Kinder mit ihren ukrainischen Eltern statt.

Ein zentrales Prinzip der Gespräche ist die Notwendigkeit, Streitpunkte zu erörtern und nach Kompromissen zu suchen, die für beide Seiten akzeptabel sind und denen beide Seiten zustimmen können. Und mit «beiden Seiten» meine ich genau das: sowohl die russische als auch die ukrainische Seite. Jedes Friedensabkommen muss beiden Ländern ein Gefühl der Sicherheit vermitteln, das sie vor dem Krieg nicht hatten, und ihnen die Gewissheit geben, dass der Krieg nicht wieder aufflammt.

Eine weit verbreitete Falschinformation in der europäischen «Anti-Diplomatie» lautet, die Ukraine dürfe nicht von den Gesprächen ausgeschlossen werden. Doch wann wurde die Ukraine seit Kriegsbeginn jemals von Gesprächen ausgeschlossen?

Die Pathologie der europäischen Diplomatie hat dazu geführt, dass unzählige Gipfeltreffen und Friedenskonferenzen abgehalten werden, an denen Selenskyj teilnimmt, zu denen aber der andere Konfliktpartei – Russland – nicht eingeladen ist.

Diese Gipfeltreffen dienen nicht dazu, die Differenzen zwischen Russland und der Ukraine beizulegen und nach Gemeinsamkeiten zu suchen, sondern vielmehr dazu, die ukrainische Position als die einzig richtige und gerechte Position zu bekräftigen, von der man nicht abrücken dürfe.

Diese Gipfeltreffen sollen jegliche Kompromissbereitschaft seitens der Ukraine ausschliessen und auf einem vollständigen Kompromiss seitens Russlands bestehen. Wie ich bereits sagte, ermöglicht Selenskys ständige Präsenz bei diesen Veranstaltungen ihm, die Erzählung zu verinnerlichen, Russland sei nicht an Frieden interessiert und Frieden könne nur durch mehr finanzielle Mittel und Waffen für die Ukraine erreicht werden.

Ein Treffen zwischen Putin und Trump löste jedoch einen Sturm der Entrüstung darüber aus, Selensky sei ausgeschlossen worden. Auch das ist Unsinn, da Trump ihn bereits mehrfach getroffen hat.

Diplomatische Verhandlungen dienen nicht der Freundschaft, sondern der Konfliktlösung. Es geht nicht darum, eine Seite gegenüber der anderen zu bevorzugen. Ein einzelnes Treffen verleiht keine Legitimität. Es bestätigt lediglich, dass es wichtige Dinge zu besprechen gibt.

Europas «Anti-Diplomatie» hat ein Vakuum geschaffen, das bis zu Trumps Machtantritt von US-amerikanischen und nun auch von europäischen und britischen Politikern mit Geld und Waffen gefüllt wurde. Sie füllten es übrigens nicht mit Truppen, sondern liessen Selensky lieber bis zum letzten Ukrainer kämpfen, um Polen, Deutsche, Franzosen, Italiener und die wenigen britischen Soldaten zu schonen.

Dies ist es, was ich schon oft als die «Weder-Krieg-noch-Frieden»-Haltung der Briten und Europäer beschrieben habe. Sie wollen keinen direkten Krieg mit Russland, aber auch keinen Frieden mit Russland. Daher ist der Stellvertreterkrieg zum bevorzugten politischen Kompromiss geworden, ungeachtet der Kosten für ukrainische Menschenleben und Existenzen, ganz zu schweigen von der katastrophalen Entvölkerung und dem demografischen Abgrund der Ukraine.

Völlig klar ist, dass die Finanzierung der Ukraine und die Lieferung weiterer Waffen nicht dazu dienen, den Konflikt der Ukraine mit Russland beizulegen.

Viele werden natürlich sagen, dass Russland das ganze Land einnehmen wird, wenn wir der Ukraine keine Waffen geben. Es gibt jedoch keinerlei Beweise dafür, dass Russlands Ziel beim Kriegseintritt tatsächlich die Eroberung der gesamten Ukraine war, sondern lediglich die Verhinderung, dass die Ukraine als weiterer NATO-Klientstaat an Russlands Grenze instrumentalisiert würde.

Gleich zu Kriegsbeginn schien die erste Runde der Friedensgespräche in Istanbul einen Punkt erreicht zu haben, an dem sich Russland und die Ukraine auf die Bedingungen für ein Kriegsende einigen konnten.

Dazu gehörten die Neutralität der Ukraine, der Ausschluss aus der NATO und die Zustimmung zum EU-Beitritt der Ukraine.

Da Russland damals deutlich weniger Land erobert hatte als es heute besetzt hält, war die russische Seite bereit, um Frieden zu bitten und ihre Truppen aus dem Norden Kiews zurückzuziehen – als vertrauensbildende Massnahme.

Organisationen wie das Institute for the Study of War in Washington, D.C., unter der Leitung von Victoria Nuland, behaupten seither, dass das Abkommen einem Verlust der ukrainischen Souveränität gleichkam. Ich glaube jedoch nicht, dass das erste Istanbuler Abkommen eine Preisgabe der ukrainischen Souveränität bedeutet hätte, sondern vielmehr eine Garantie für ihre künftige Neutralität – eine Neutralität, die im Übrigen eine langsame, und seien wir ehrlich, vielleicht eine Generation dauernde, wenn sie überhaupt zustande kommt, Normalisierung der Beziehungen zu Russland ermöglicht hätte.

Wir wissen inzwischen natürlich, dass Victoria Nuland Selensky davon abriet, das Abkommen anzunehmen. Entscheidend ist aber, dass sowohl das ukrainische als auch das russische Verhandlungsteam davon überzeugt waren, dass es ein Abkommen war, mit dem beide Länder im Interesse der Beendigung des Krieges leben konnten.

So funktioniert Diplomatie. Zwei Seiten mit völlig gegensätzlichen Positionen führen schwierige Verhandlungen, um einen Rahmen auszuarbeiten, mit dem beide leben können, wohl wissend, dass ohne einen entscheidenden militärischen Sieg einer Seite Kompromisse notwendig sein werden.

Hier kommt der zweite Aspekt der Aussage der «Anti-Diplomatin» Kallas ins Spiel.

Das Ziel muss sein, Russland dazu zu bewegen, «von vorgetäuschten Verhandlungen zu tatsächlichen Verhandlungen zu gelangen».

Wenn man diese Aussage genauer betrachtet, ist mir nicht klar, was mit «vorgetäuschten Verhandlungen» gemeint ist. Russland hat verhandelt, und es gab bereits zahlreiche Gefangenenaustausche, Leichentausche und Familienzusammenführungen.

Es stellt sich auch die Frage: Mit wem verhandelt Russland eigentlich? Denn Russland hat mit der Ukraine unter Umständen verhandelt, unter denen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs geweigert haben, mit Russland in Verhandlungen zu treten. Von europäischer Seite gab es keine vorgetäuschten Verhandlungen; sie wollten weder vortäuschen noch tatsächlich verhandeln.

Und aus Kallas Rhetorik geht klar hervor, dass Russland zu tatsächlichen Verhandlungen zu drängen bedeutet, darauf zu bestehen, dass Russland die europäischen Forderungen zur Wiederherstellung des Friedens in der Ukraine einfach akzeptiert, ohne dass in irgendeiner Einigung russische Bedingungen erfüllt werden. Das ist, wie gesagt, absurd, denn Russland besetzt 20% des ukrainischen Territoriums – ungeachtet der Rechtmässigkeit dieser Situation – und verfügt über die finanziellen Mittel, den Krieg auf absehbare Zeit aufrechtzuerhalten, eine Position, die Europa nicht innehat. Wenn Russland unter Druck gesetzt werden soll, den Krieg zu beenden, impliziert dies Verhandlungen, die von Europa weder angeboten wurden noch offenbar gewünscht werden.

Denn jede Verhandlung wird unweigerlich zu Zugeständnissen an Russland führen, die es Putin ermöglichen, die Lage zu beruhigen und seinem Volk zu zeigen, dass die vier Jahre der Verwüstung sich in gewisser Weise gelohnt haben.

Kaja Kallas hingegen hat im vergangenen Jahr absurde Forderungen gestellt: Frieden in der Ukraine sei nur möglich, wenn Russland sich vollständig auf die Grenzen von 1991 zurückziehe, die vollen Kriegsreparationen für alle der Ukraine zugefügten Schäden zahle und gleichzeitig einen NATO-Beitritt der Ukraine offenhalte.

Das mag offensichtlich erscheinen, aber Russland wird dem niemals zustimmen. Wäre Russland in einer schweren Lage, sähe die Situation möglicherweise anders aus. Wenn Russland eine schwere Niederlage erleiden würde, könnte Europa den Krieg vielleicht fortsetzen, um Russland die viel diskutierte strategische Niederlage beizubringen. Doch keines dieser Szenarien erschien jemals auch nur annähernd wahrscheinlich.

Die bittere Realität sieht also so aus, dass Europa alles in seiner Macht Stehende tut, um diplomatische Verhandlungen zu vermeiden, die zu einem deutlich schwächeren Abkommen zwischen Russland und der Ukraine führen könnten als die maximalistischen Forderungen, die seit Kriegsbeginn gestellt wurden.

Und leider verfestigt sich diese Position in Brüssel mit der Dauer des Krieges immer mehr.

Warum? Weil ein Friedensabkommen mit Russland ein PR-Desaster für Europa wäre.

Warum? Weil seit Kriegsbeginn alle europäischen Staats- und Regierungschefs ausnahmslos behaupten, die Ukraine werde gewinnen und die Lage sei nicht so schlimm, wie dargestellt.

Diese Position wird von den westlichen Mainstream-Medien unerbittlich bestärkt, die darauf beharren, Russland breche zusammen und die Ukraine werde letztendlich siegen.

Dies erschien keinem unabhängigen Beobachter, der die Beweise für den wirtschaftlichen Zusammenbruch, die Truppenverluste und die Gebietsgewinne betrachtet, auch nur annähernd plausibel. Dennoch

hält sich diese Erzählung hartnäckig, nur gelegentlich unterbrochen von vereinzelt Stimmen, die sich erheben, um sofort wie das Krokodil im Kasperletheater zum Schweigen gebracht zu werden. Eine Niederlage der Ukraine wird die Bürger in ganz Europa fragen lassen, warum sie all die Zeit belogen wurden.

Seit Kriegsbeginn werden Bürger mit Sanktionen belegt, in einigen Fällen wurde ihnen sogar die Staatsbürgerschaft entzogen. Kritiker werden an britischen Flughäfen ohne Vorwarnung festgenommen und verhört, wenn sie anderer Meinung sind. In mitteleuropäischen Ländern werden Wahlen manipuliert, und in Frankreich wird die Partei mit den meisten Wählerstimmen mit juristischen Mitteln angegriffen – alles nur, weil sie dieser Erzählung widersprechen.

Und hier ist noch etwas zu verstehen:

Wenn die Antidiplomatin Kaja Kallas in einem weiteren teuren Designer-Kleid oder -Mantel eine Pressekonferenz abhält, tut sie dies nicht, um die Wahrheit zu verkünden, sondern um Aufmerksamkeit zu erregen.

Sie ist in ihrem Amt sicher und demokratisch – oder besser gesagt, undemokratischer – unangefochten, zumindest bis 2029. Daher kann sie sagen, was sie will, während die Mainstream-Medien an ihren Lippen hängen und alles wortgetreu wiedergeben, als wäre es die Wahrheit.

Ich weiss nicht, wie viele aussenpolitische Politiker Sie schon getroffen haben, aber ich habe viele kennengelernt, und eines kann ich Ihnen sagen: Sie lieben es, sich auf der Weltbühne zu profilieren. Starmer ist ein weiteres schreckliches Beispiel, aber fairerweise muss man sagen, dass Boris Johnson und Liz Truss ebenfalls furchtbare Beispiele waren.

Recht zu haben ist völlig nebensächlich, wenn es darum geht, vor der Kamera Recht zu haben, insbesondere im Fall von Boris, wenn der Reporter ein Weichei ist.

Der Punkt ist also: Bei der Innenpolitik lässt sich viel schwerer Unsinn reden. Wenn das Gesundheitssystem marode ist, wenn Ratten Birmingham befallen, wenn unschuldige Kinder in London mit Zombie-Messern getötet werden, weil die Polizei zu feige ist, verdächtig aussehende Jugendliche anzuhalten und zu durchsuchen, wenn junge Mädchen von mehreren Männern vergewaltigt werden – dann sind das politische Themen, die ein britischer Politiker nicht ignorieren kann.

In der Aussenpolitik hingegen haben sie deutlich mehr freie Hand, ihre Meinung zu äussern, denn die meisten Bürger sind in erster Linie mit dem Überleben und der Erziehung ihrer Kinder beschäftigt und kümmern sich kaum um die Lage in der Ukraine. Ausser, wenn es sich auf ihre Finanzen auswirkt. Dann erklären ihnen die Mainstream-Medien, es sei Putins Schuld, wir müssten ihn besiegen und wir würden ihn besiegen, weil die Ukraine die Oberhand gewinnt.

Was aber passiert, wenn er nicht besiegt wird? Plötzlich wirkt die Ukraine wie eine riesige Ratte, die in Birmingham über einen nicht abgeholt Müllsack klettert, oder wie ein Rowdy, der mit einer weinenden Mutter, deren Schulkind ermordet wurde, vom Tatort weggeht. Die Leute werden fragen: Moment mal, ihr habt doch gesagt, das würde nicht passieren und ihr würdet die Sache regeln. Ihr habt uns angelogen.

So wird der Begriff «Antidiplomatie» von Leuten wie Kallas hochgehalten, die von der panischen Angst getrieben sind, als dreiste Lügner und Narzissten entlarvt zu werden, die einen Krieg am Laufen gehalten haben, weil sie mehr Zeit vor den Kameras verbringen wollten, um sich auf der Weltbühne zu profilieren und ihre Stärke zu demonstrieren.

Denn das Problem ist nicht nur, dass die Ukraine nicht gewinnt und auch nicht gewinnen wird, sondern dass Europas Staats- und Regierungschefs die zunehmend verarmten europäischen Bürger dafür bezahlen lassen, dass die Ukraine nicht gewinnt. Währenddessen veruntreuen Selenskys korrupte Günstlinge Hunderte Millionen Dollar an westlicher Hilfe, und immer brutalere Taktiken werden angewendet, um junge ukrainische Männer widerwillig an die Front zu zwingen – fast nie berichtet von den Mainstream-Medien. Während sich die Lage für die Ukraine immer weiter zuspitzt, beharren die europäischen Staats- und Regierungschefs weiterhin darauf, dass die Ukraine gewinnt und ein paar weitere Waffen und ein paar weitere Milliarden das Problem lösen werden. Nur wird es nicht funktionieren. Es wird uns nur ärmer und unsicherer machen.

Und wenn ich sage, dass der Frieden die europäischen Staats- und Regierungschefs, die den Niedergang ihrer Volkswirtschaften in Richtung Deindustrialisierung freudig hingenommen haben – noch vor Trumps Krieg gegen den Iran –, politisch schwer treffen wird, dann meine ich, dass er verheerend sein wird. Die Kosten für die Unterstützung der Ukraine dürften nach Kriegsende sogar noch steigen. Und die selbstschädigenden, die Deindustrialisierung begünstigenden Sanktionen gegen Russland werden wohl bestehen bleiben.

Warum sind die europäischen Volkswirtschaften in die Deindustrialisierung abgerutscht? Weil – und ich habe es schon unzählige Male gesagt – Europa beschlossen hat, die hohen Energiekosten zu absorbieren, um Hunderte von Milliarden Euro einzusparen, die in der Vergangenheit an Russland, einen wichtigen Öl- und Gaslieferanten, geflossen wären.

Diese riskante Strategie wäre vielleicht aufgegangen, wenn sie erfolgreich gewesen wäre. Europas Staats- und Regierungschefs haben ihren Bürgern die Ursache ihrer Lebenshaltungskostenkrise bisher nicht erklärt. Hätte Russland wirtschaftlich nachgegeben, sich aus der Ukraine zurückgezogen und die vollen Kriegsreparationen gezahlt, hätten Europas Staats- und Regierungschefs ihren Wählern die Argumentation vermitteln können, dass dies ein notwendiger Schmerz gewesen sei, um Russland in der Ukraine zu besiegen.

Doch genau das ist offensichtlich nicht geschehen. Russland hat in den vier Jahren seit Kriegsbeginn mehr mit Öl und Gas verdient als in den vier Jahren davor. Es hat die Einnahmen einfach an China und Indien verkauft.

Zwar verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in Russland bis 2025 auf 1%, da die Zentralbank versuchte, die hohe Inflation einzudämmen. Gleichzeitig lag das Wachstum in Deutschland bei 0,2%, in Italien bei 0,5% und in Frankreich bei 0,8%. Die deutsche Staatsverschuldung beträgt 63,5% des BIP, die französische 115% und die italienische 137%. Die russische Staatsverschuldung liegt unter 20% des BIP. Die Arbeitslosenquote beträgt in Deutschland 6,3%, in Frankreich 7,9% und in Italien 5,5%, verglichen mit 2,2% in Russland.

Russland musste für den Krieg in der Ukraine mehr ausgeben, dennoch ist sein Haushaltsdefizit niedriger als das von Deutschland, Frankreich und Italien. Europa kann den Krieg in der Ukraine nur finanzieren, indem es Kredite aufnimmt und diese dann an die Ukraine weitergibt. Russland verfügt dank seiner jährlichen Leistungsbilanzüberschüsse über enorme und stetig wachsende Reserven, mit denen es den Krieg grösstenteils ohne zusätzliche Kredite finanzieren kann.

Russland ist die am stärksten sanktionierte Volkswirtschaft der Welt, und dennoch scheint niemand zu hinterfragen, warum es bei wichtigen Wirtschaftsindikatoren besser abzuschneiden scheint als alle grossen europäischen Volkswirtschaften. Dies sind beobachtbare Fakten, die auf Daten der jeweiligen Regierungen beruhen. Und bevor Sie es sagen: Russland hält die gleichen hohen statistischen Standards ein wie Europa. Der Punkt ist, dass Europas selbstverschuldete wirtschaftliche Notlage damit gerechtfertigt wurde, dass sie im Interesse der Schwächung Russlands und des Sieges der Ukraine liege.

Doch das ist nicht geschehen. Das wirft die Frage auf: Warum wird die Aussenpolitik gegenüber Russland nicht überdacht? Und damit sind wir wieder am Anfang dieser Diskussion. Europa hat absolut kein Interesse an einer diplomatischen Lösung mit Russland, ungeachtet des Schadens, den der andauernde Krieg in der Ukraine dem Land selbst zufügt. Denn Europa befindet sich in einer Art «Anti-Diplomatie».

Das ist absurd, und doch überrascht es nicht, da in Brüssel niemand gewählt wurde und die Machthaber sich in ihrer vermeintlichen Führungsrolle in Europa sonnen. Umso überraschender ist es, dass die Deutschen, die Franzosen, die Italiener und natürlich auch die Briten diesen fruchtlosen Weg weitergehen.

Die naheliegende Lösung, insbesondere seit Trumps Krieg gegen den Iran, wäre der Import billiger russischer Energie, um die europäischen Volkswirtschaften anzukurbeln.

Wenn der Krieg gegen den Iran beendet würde, würde ein diversifizierterer europäischer Importmix, der auch russische Energie einschliesst, die Energiepreise in ganz Europa zweifellos senken.

Sollte der Krieg gegen den Iran andauern, werden sich Europas wirtschaftliche Probleme deutlich verschärfen, wenn das Embargo gegen Russland aufrechterhalten wird – gerade in einer Zeit, in der Russland massiv von den enorm gestiegenen globalen Energiepreisen profitiert. Die Aufhebung des Embargos gegen russische Energie würde zumindest dazu beitragen, den durch Trumps Krieg verursachten wirtschaftlichen Schaden abzumildern. Doch das erscheint erwartungsgemäss unwahrscheinlich.

Tatsächlich sehe ich keinerlei Chance für einen Kurswechsel. Antidiplomaten wie Kallas sind zu sehr am Status quo interessiert, und ihre politische Zukunft hängt von der Fortsetzung des Krieges ab, angesichts der verheerenden Folgen für ihren Ruf im Falle eines Endes.

Das bedeutet, dass die Ukraine einen weiteren Kredit in Höhe von 90 Milliarden Euro erhalten hat, den die Eurokraten selbst aufnehmen mussten, um ihn ihr zu gewähren. Sollte der Krieg über 2027 hinaus andauern, wird ein weiterer Milliardenkredit folgen.

Stellen Sie sich nur vor, die europäischen Länder hätten, anstatt Milliarden in den Krieg zu investieren, den Frieden in der Ukraine unterstützt und Milliarden für den Wiederaufbau ihres Landes und ihrer Wirtschaft bereitgestellt. Wie viel besser stünde die Ukraine heute da, wenn Europa seit 2014 das Minsker Abkommen II unterstützt, die USA und Victoria Nuland zum Schweigen gebracht und friedliche Beziehungen zu Russland angestrebt hätte?

Wie viel leichter wäre es für europäische Bürger, in ihren Ländern ein gutes Leben zu führen, wenn ihre Regierungen Geld für öffentliche Dienstleistungen statt für Krieg ausgeben würden?

Wie viele Fabriken in Europa könnten ihre Schliessung überstehen, wenn Europa wieder billigere russische Energie beziehen würde?

Wie viele Leben könnten in der Ukraine und in Russland gerettet werden, wenn der Krieg morgen enden würde?

Wie viele Städte könnten mit dem Wiederaufbau beginnen, wenn die Raketen- und Drohnenangriffe eingestellt würden?

Sie kennen die Antworten auf diese rhetorischen Fragen natürlich.

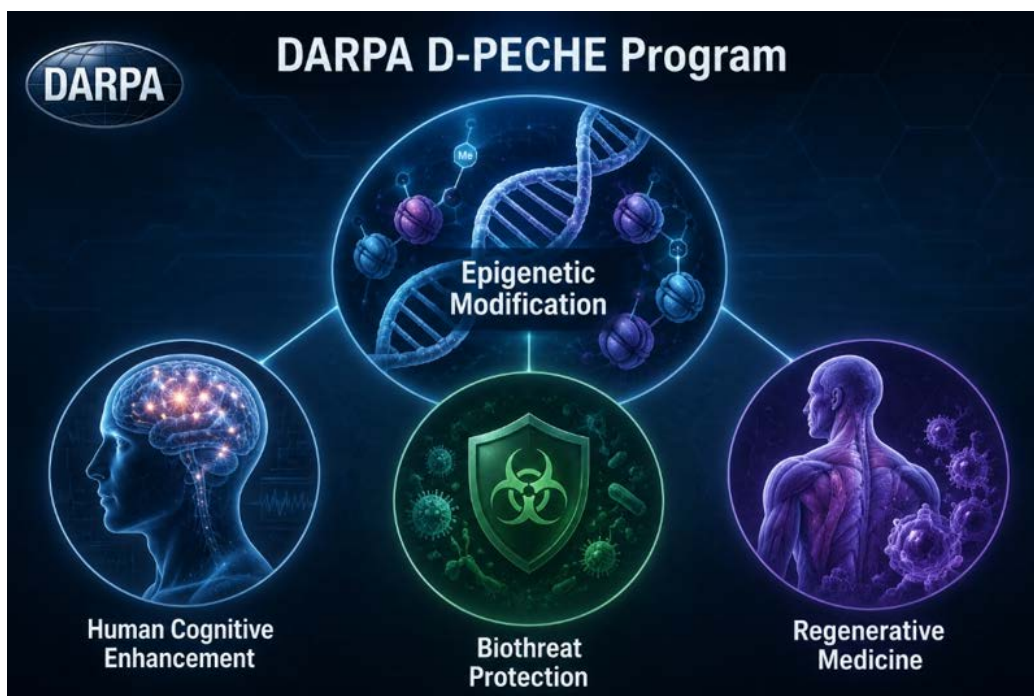
Doch die Machthaber, die sich gegen Diplomatie stellen, kennen sie nicht oder sind, falls doch, zu sehr darauf bedacht, an Macht, Prestige und Status festzuhalten, um dies zuzugeben.

Europa braucht dringend Diplomaten und Staatsmänner, die das Wohl ihrer Bürger an erste Stelle setzen. Derzeit sucht man in Brüssel, London, Paris und Berlin vergeblich nach solchen Persönlichkeiten. Wer in den kommenden drei Jahren für globalistische Liberale stimmt, wählt damit einen Krieg mit Russland. Es ist an der Zeit, diese Kriegstreiber bei jeder Gelegenheit abzuwählen, zu protestieren, wo immer es möglich ist, und sich der wachsenden weltweiten Gemeinschaft von Friedensaktivisten anzuschließen.

«The Peacemonger» ist ein leserfinanziertes Projekt. Um neue Beiträge zu erhalten und meine Arbeit zu unterstützen, können Sie ein kostenloses oder kostenpflichtiges Abonnement abschließen.

erschieden am 5. Mai 2026 auf > ThePeacemonger

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_05_18_antidiplomatieherrscht



Bildquelle: Mit ChatGPT generiert

Der US-Militärarm DARPA spielt Gott: Pentagon-Projekt will menschliche DNA umprogrammieren und «Supermenschen» erschaffen

The Sociable, Mai 18, 2026

Die DARPA strebt an, epigenetische Basenmodifikationen in der DNA zu schreiben und zu löschen, die für kognitive Leistungssteigerung, Schutz vor biologischen Bedrohungen und regenerative Medizin genutzt werden könnten.

Das Programm «DNA-Protein Epigenetic Chemistry Engineering» (**D-PECHE**) der US-amerikanischen Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) zielt laut der Sonderbekanntmachung darauf ab, **«neuartige Methoden zur Modifikation von DNA-Basen in lebenden Zellen zu entwickeln und das Vorhandensein neuer, in vitro katalysierter Basenmodifikationen zu validieren»**.

Anstatt die DNA dauerhaft zu verändern, hat die epigenetische Modifikation das Potenzial, reversibel zu sein, **«ohne die zugrunde liegende genetische Sequenz zu verändern»**.

Daher **«erfordert das Einbringen und Entfernen von in der Natur bisher nicht vorkommenden Basenmodifikationen neue Technologien, die in der Lage sind, neue chemische Modifikationen der DNA in vitro zu katalysieren»**.

«Im Gegensatz zu Ansätzen der permanenten Genom-Editierung sind epigenetische Modifikationen potenziell reversibel und bieten einen vielversprechenden Ansatz für eine dynamische, kontextsensitive biologische Bekämpfung.»

DARPA, D-PECHE-Programm, Mai 2026

Special Notice DARPA-SN-26-67**Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) / Biological Technologies Office (BTO)
Research Opportunity: DNA-Protein Epigenetic Chemistry Engineering (D-PECHE)****1. INTRODUCTION**

This Special Notice describes DNA-Protein Epigenetic Chemistry Engineering (D-PECHE), a research thrust that is focused on the rapid evaluation of enzymatic pathways for generating epigenetic modifications. This Special Notice is released under the current DARPA BTO Office Wide Broad Agency Announcement (BAA), HR001126S0003, entitled "Biological Technologies," which can be found at the link below:

<https://sam.gov/opp/8d403582edfd409795560247e8d229b7/view>

This Special Notice is soliciting proposal abstracts to HR001126S0003. Proposers are required to submit a proposal abstract (2 pages maximum). The requirements for the abstract submission, evaluation, and award of any resulting contracts will be subject to the terms described in HR001126S0003.

- Proposal Abstract Due Date: May 27th, 2026
- Oral Proposal Packages due approximately 4 weeks after invitation

Late abstract submissions may not be evaluated. **(NOTE: The above-listed deadlines differ from those listed in HR001126S0003)**

The purpose of this announcement is (1) to draw the attention of the scientific community to the D-PECHE study topics and (2) to initiate dialogue and teaming that will lead to abstract/OPP submissions to address the D-PECHE study topics.

2. TOPIC DESCRIPTION

DARPA is soliciting innovative proposals to demonstrate proof-of-concept for novel mechanisms for writing and erasing epigenetic base modifications in DNA. Mechanisms capable of modifying the epigenome offer new opportunities to control DNA-protein interactions and to study the functions and applications of rare or novel epigenetic modifications. This research may result in demonstrations of novel technologies to modify nucleic acids *in vitro*.

Overview – D-PECHE:

The epigenome serves as a critical regulatory layer governing gene expression, cellular identity, and organismal response to environmental stimuli. Epigenetic modifications such as DNA methylation, histone post-translational modification, and chromatin remodeling can regulate gene expression and DNA-protein interactions without altering the underlying genetic sequence. Unlike permanent genome editing approaches, epigenetic modifications are potentially reversible and offer a compelling avenue for dynamic, context-sensitive biological control. The ability to precisely modulate DNA-protein interactions has profound implications for fields ranging from regenerative medicine and cognitive performance

improvements to countermeasures against biological threats and environmental stressors. D-PECHE hypothesizes that novel DNA modification mechanisms that alter the biochemical properties of DNA are required to unlock new applications of epigenetics.

Epigenetic editor platforms are constrained by the number of effective writers and erasers for targeted modification of DNA bases. Many epigenetic editing platforms rely on DNA methylation and demethylation to regulate gene expression. Additionally, base editors use engineered deaminases to trigger specific base substitutions during DNA replication. These editing platforms only explore a small number of potential base modifications. Programmable writer and eraser proteins do not exist for the majority of naturally occurring base modifications, limiting translational applications of these base modifications. Writing and erasing new-to-nature base modifications will require new technologies capable of catalyzing new chemical modifications to DNA *in vitro*.

The introduction of novel base modifications into genomes raises fundamental questions about cellular compatibility that do not arise with well-studied modifications such as 5-methylcytosine (5mC). Cells have base excision repair (BER) and DNA damage response (DDR) pathways that continuously survey the genome for DNA adducts and mismatches to initiate repair or apoptotic responses. Novel base modifications that are not recognized as canonical epigenetic modifications may be misidentified as DNA damage by these surveillance systems, triggering unintended repair reactions that remove the modification, introduce mutations, or activate cell death pathways. Additionally, installation of novel base modifications will require the availability of appropriate metabolic precursors and cofactors. New epigenetic editing platforms may need to develop mitigation strategies for these challenges, which may affect their potential applications.

Erasure of novel base modifications requires both removal of the chemical modification as well as restoration of the correct unmodified base. Current approaches to removing epigenetic modifications include TET enzymes, which initiate demethylation of 5mC into an unmethylated cytosine. Such approaches are modification specific and are unlikely to be effective erasers for other proteins. Future applications of epigenetic editors will require new approaches to erasing epigenetic modifications and restoring unmodified bases. Such approaches could include modification agnostic eraser enzymes capable of removing multiple different modifications, or targeted BER activation for complete removal and replacement of modified bases.

D-PECHE performers must leverage expertise in nucleic acid chemistry, protein engineering, and synthetic biology to overcome challenges in writing and erasing epigenetic modifications. If successful, this will derisk a broader concept of epigenetic editing platforms and their potential applications.

Objective:

DARPA BTO seeks to de-risk development of new epigenetic editing mechanisms in a 4-month period of performance. An evaluation of technical progress will occur every month, and successful fulfillment of milestones and intermediate metrics will be required for the continuation of work.

«Die Fähigkeit, DNA-Protein-Wechselwirkungen präzise zu steuern, hat weitreichende Auswirkungen auf Bereiche, die von der regenerativen Medizin über die Verbesserung der kognitiven Leistungsfähigkeit bis hin zu Gegenmaßnahmen gegen biologische Bedrohungen und Umweltbelastungen reichen».

DARPA, D-PECHE-Programm, Mai 2026

Das Pentagon beschäftigt sich schon seit langem mit dem Versuch, gentechnisch veränderte Supersoldaten zu erschaffen.

So skizziert beispielsweise ein vom Pentagon geförderter RAND-Bericht, der 2021 veröffentlicht wurde, die technologischen Möglichkeiten dieser umstrittenen transhumanistischen Forschung, zu der unter anderem die potenzielle **«Einfügung von Reptilgenen, die die Fähigkeit verleihen, im Infrarotbereich zu sehen»**, sowie die **«Verstärkung der menschlichen Kräfte, Steigerung der Intelligenz oder bessere Anpassung an extreme Umgebungen»** gehören.

Beispiele für die Steigerung der menschlichen Leistungsfähigkeit: **«Einbau von Reptilien-Genen, die die Fähigkeit verleihen, im Infrarotbereich zu sehen [...] Steigerung der Ausdauer eines durchschnittlichen Läufers auf das Niveau eines Elite-Marathonläufers [...] Erweiterung der menschlichen Leistungsfähigkeit über die natürlichen Grenzen hinaus».**

RAND, Technologische Ansätze zur Steigerung der menschlichen Leistungsfähigkeit, November 2021

Identifying Genetic Changes with the Potential to Improve Human Performance

Improvements to human performance can be grouped into two categories: (1) improvements that provide a capability beyond that exhibited within the *natural* (i.e., nongenetically modified) human population, and (2) improvements that increase an individual's capability, but only to a level that still falls within the variation present in the natural human population.⁵ Adding reptilian genes that provide the ability to see in infrared is an example of the first category.⁶ Increasing an average runner's endurance to the level of an elite marathoner is an example of the second category.

To identify genetic changes with the potential to increase human performance, researchers can consider (1) the human population, (2) other species, and (3) novel genes designed de novo in a laboratory. Consistent with this report's emphasis on the near term, the focus of discussion will be on the first category: identifying changes within the human population with the potential to increase the capability of a human beyond his or her natural endowment of the capability.

Quelle: RAND

Im Erfolgsfall hätten diese «Menschen» das Potenzial, niemals zu ermüden und klüger zu denken, sich schneller zu bewegen, höher zu springen, weiter zu sehen, besser zu hören, härter zuzuschlagen, länger zu leben, sich besser anzupassen und schneller zu rechnen als jeder andere Mensch auf diesem Planeten. Nun wendet sich die DARPA der Epigenetik zu, um Prozesse wie einige der oben genannten möglicherweise reversibel zu machen.

«Epigenetische Modifikationen wie DNA-Methylierung, posttranslationale Modifikationen von Histonen und Chromatin-Umbau können die Genexpression und DNA-Protein-Wechselwirkungen regulieren, ohne die zugrunde liegende genetische Sequenz zu verändern».

DARPA, D-PECHE-Programm, Mai 2026



«Die DARPA bittet um innovative Vorschläge zum Nachweis der Machbarkeit neuartiger Mechanismen zum Ein- und Auslesen epigenetischer Basenmodifikationen in der DNA».

DARPA, D-PECHE-Programm, Mai 2026

Der Hauptsprechpartner für das **D-PECHE**-Programm der DARPA ist Dr. Aric Lu, der 2024 an der Harvard University in Bioingenieurwesen promovierte.

Dr. Lu wird sowohl auf der Website der DARPA als auch in seinem LinkedIn-Profil als **Innovation Fellow** – und nicht als offizieller Programmmanager – aufgeführt.

An der Harvard University «nutzte Dr. Lu laut seiner DARPA-Biografie gentechnologische Verfahren, um Muster von Zelltypen und der Genexpression in biogedruckten Geweben zu erzeugen».

In einem Interview mit der Reihe «Humans of Wyss» des Wyss Institute for Biologically Inspired Engineering der Harvard University im Jahr 2023 erklärte Dr. Lu, welche Art von realen Problemen er lösen wollte:

«Wenn wir eines Tages Gentechnik und 3D-Bioprinting nutzen könnten, um Gewebe zur Reparatur oder zum Ersatz eines Organs zu erzeugen, wäre das unglaublich wertvoll für Menschen mit einer Vielzahl von Krankheiten, einschliesslich derer, die auf Transplantationslisten warten», sagte er und fügte hinzu: «Um jedoch zum Punkt zu kommen: Wir brauchen gedrucktes Gewebe, das sich wie menschliches Gewebe verhält.»

«Die Teilnehmer des D-PECHE-Programms müssen Fachkenntnisse in den Bereichen Nukleinsäurechemie, Protein-Engineering und synthetische Biologie nutzen, um die Herausforderungen beim Ein- und Ausblenden epigenetischer Modifikationen zu bewältigen. Gelingt dies, wird dadurch das Risiko eines umfassenderen Konzepts für epigenetische Editierungsplattformen und deren potenzielle Anwendungen verringert.»

DARPA, D-PECHE-Programm, Mai 2026

Task	Potential Approaches
Task 1: Design of new DNA modification mechanisms	Bioprospecting for DNA-modifying enzymes, directed evolution of epigenetic editors, <i>de novo</i> design of DNA-modifying enzymes, discovery of catalysts with high DNA specificity
Task 2: Detection of DNA modifications <i>in vitro</i>	Mass spectroscopy of DNA extracts, enzymatic assays (i.e., ELISA) to target reactive modifications, engineering of reporter cell lines

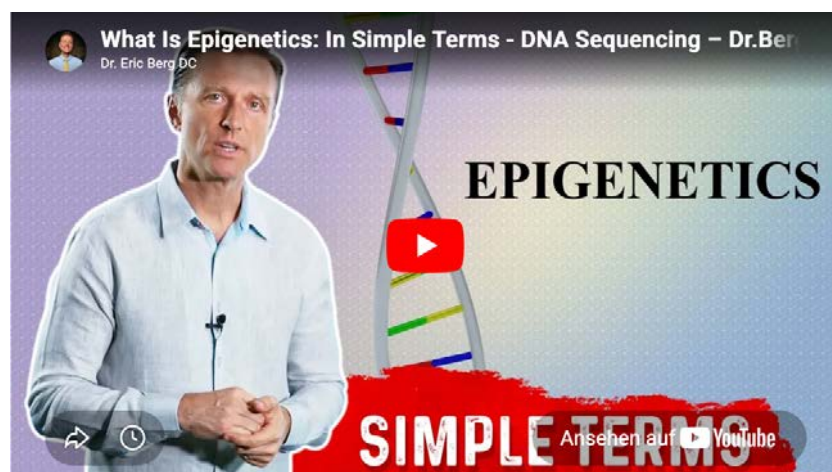
Table 1: D-PECHE task overview. Please note that the table is not meant to be prescriptive, comprehensive, or exclusionary.

Die **D-PECHE**-Studie umfasst zwei Hauptaufgaben:

1. Nachweis der Fähigkeit, Mechanismen zur DNA-Modifikation zu entwickeln, um DNA-Basenmodifikationen einzuschreiben und/oder zu löschen. Identifizierung der Zielmodifikation, von Katalysatorkandidaten sowie der für die Basenmodifikation erforderlichen Substrate und Cofaktoren. Identifizierung etwaiger Änderungen an Proteinsequenzen oder -domänen, die für die Funktionalität in lebenden Zellen erforderlich sind.
2. Nachweis von DNA-Modifikationen *in vitro*. Nachweis der Biokompatibilität der gezielten Modifikation in einer Wirtszelllinie. Entwicklung von Assays zum Nachweis von Basenmodifikationen. Etablierung von Ansätzen zum Nachweis neuartiger Modifikationen in Zellen.

«D-PECHE geht davon aus, dass neuartige Mechanismen der DNA-Modifikation, die die biochemischen Eigenschaften der DNA verändern, erforderlich sind, um neue Anwendungsmöglichkeiten der Epigenetik zu erschliessen.»

DARPA, D-PECHE-Programm, Mai 2026



Die Fähigkeit, biologische Prozesse zu programmieren, ist hinter den Kulissen des Kriegsministeriums derzeit in aller Munde.

Im Dezember 2025 kündigte die DARPA ihr Programm «Generative Optogenetics» (**GO**) an, das darauf abzielt, biologische Prozesse mithilfe von Licht als Informationsübertragungsmedium zu programmieren, mit potenziellen Anwendungsmöglichkeiten zur Unterstützung «längerer bemannter Weltraumflüge».

Gentechnisch veränderte Menschen, neuartige Medikamente, fortschrittliche Materialien, Rohstoffe und bahnbrechende landwirtschaftliche Errungenschaften könnten alle potenziell aus dem DARPA-Programm **GO** hervorgehen.

Ähnlich wie bei **D-PECHE** könnten die Technologien von DARPA **GO** **«durch die Bereitstellung uneingeschränkter Programmierbarkeit beispiellose Möglichkeiten für personalisierte Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit und Leistungsfähigkeit von Soldaten, Landwirtschaft, biologische Fertigung und Weltraumforschung eröffnen.»**

Für **D-PECHE** nennt die DARPA drei potenzielle Anwendungsbereiche: **«regenerative Medizin, Verbesserung der kognitiven Leistungsfähigkeit sowie Gegenmaßnahmen gegen biologische Bedrohungen und Umweltstressoren».**

Quelle: DARPA 'D-PECHE' looks to epigenetic modification for human cognitive enhancement, biothreat protection, regenerative medicine

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-darpa-projekt-d-peche-erforscht-epigenetische-veraenderungen-zur-verbesserung-kognitiver-faehigkeiten-zum-schutz-vor-biologischen-gefahren-und-fuer-regenerative-medicin/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
20.5.2026



Roboter mit «künstlicher Intelligenz» fordert die Menschen heraus.

© 162164766/Depositphotos

KI-Regulierung zwischen Sicherheitsrisiken und Machtinteressen

Erschreckend potente KI-Modelle machen wirksame Regulierungen weltweit nötig. Aber sie lassen auf sich warten.

Hanna Muralt-Müller

Red. Als Vizekanzlerin im Bundeshaus von 1991 bis 2005 leitete die Autorin verschiedene Digitalisierungsprojekte. Heute verfolgt Hanna Muralt Müller die Entwicklung der künstlichen Intelligenz in ihren Newslettern.

Die jüngsten, äusserst leistungsfähigen KI-Tools von Anthropic haben Alarm ausgelöst. Sie wurden nur wenigen Tech-Unternehmen zugänglich gemacht, da sie in der Hand von Hackern und Terroristen enormen Schaden anrichten könnten (siehe Infosperber vom 11.4.2026). Um dies zu verhindern, wären weltweite Regulierungen für die Freigabe dieser potenten KI-Modelle nötig.

Gemäss einem Bericht der «New York Times» vom 4. Mai 2026 werden neuerdings KI-Regulierungen in der Trump-Regierung diskutiert. Diese wurden am Gipfeltreffen der USA mit China vom 13. bis 15. Mai 2026 in Beijing angesprochen, aber ihre Behandlung wurde vorerst vertagt.

Die Regulierungsfrage ist in den USA heiss umstritten und deshalb für einen internationalen Aushandlungsprozess nicht spruchreif. US-intern gibt es Dissens im Zusammenhang mit dem immer noch hängigen Rechtsstreit mit Anthropic und rund um die fortschreitende KI-Gesetzgebung auf der Ebene von Bundesstaaten, die den wachsenden Sorgen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Starke Gegenkräfte gegen KI-Regulierungen kommen vor allem aus dem Umfeld einiger Tech-Milliardäre. Ein Blick in die Ideenwelt der führenden KI-Regulierungsgegner enthüllt ein erschreckend antidemokratisches Gedankengut.

KI-Regulierungen – plötzlich ein Thema in der Trump-Regierung

Bisher war die Trump-Regierung gegen jegliche KI-Regulierungen. Bereits beim Amtsantritt im Januar 2025 hob Trump die von Präsident Biden erlassene Executive Order auf, die Sicherheitsbewertungen bei KI-Modellen vorsah. Vizepräsident Vance schockierte am dritten AI-Summit Anfang 2025 in Paris die EU mit seiner Ablehnung jeglicher KI-Regulierungen und doppelte kurz darauf an der Sicherheitskonferenz in München vom Februar 2025 nach.

Einen Wendepunkt gab es nun mit dem neuen KI-Agenten von Anthropic, mit «Claude Mythos Preview» (siehe Infosperber vom 11.4.2026). Erstmals lag ein so leistungsfähiges Tool zum Auffinden von Sicherheitslücken vor, dass sich die Frage stellte, ob solche und künftig noch potentere Modelle aus Sicherheitsgründen getestet werden müssen, sollten sie überhaupt breiten Kreisen freigegeben werden. Inzwischen haben Tests des britischen AI Security Institute und Rückmeldungen von Labors die eindrucksvollen Leistungen dieser Tools bestätigt. Sie dürfen nicht in falsche Hände geraten.

Immer potentere KI-Tools werden zur weltweiten Gefahr

Besonders erschreckend war, dass Anthropic-CEO Dario Amodei bereits im April 2026 warnte, dass andere, insbesondere chinesische Labors innerhalb eines Jahres ähnlich potente Tools entwickeln könnten. Tatsächlich stellte OpenAI kurz nach der Ankündigung von «Mythos» mit GPT-5.4-Cyber ein vergleichbares Tool aus Sicherheitsgründen ebenfalls nur einem eingeschränkten Kreis zur Verfügung.

Es droht plötzlich akute Gefahr von dritter Seite, von nicht-staatlichen Organisationen und von Hackern und Kriminellen. Gefeit vor verheerenden Cyberattacken sind auch die beiden Grossmächte nicht, die diese potenten KI-Tools entwickeln. Um Angriffe weltweit zu verhindern, müssten sie die Freigabe sehr potenter KI-Tools mit gemeinsamen Standards und Sicherheitskontrollen regeln respektive einschränken. US-Finanzminister Scott Bessent informierte am 14. Mai 2026 auf CNBC, dass in Beijing vereinbart wurde, ein entsprechendes Protokoll zu erarbeiten. Die USA seien zurzeit im Lead und könnten deshalb vorangehen. Vorerst ist Eile angesagt, um mit «Mythos» gezielt die Sicherheit aller wichtigen Systeme zu überprüfen und Reparaturen vorzunehmen. Das Zeitfenster hierfür könnte sich eventuell rasch schliessen. Mitte Mai 2026 verlangten US-Kongressabgeordnete in einem überparteilichen Brief an den Cyberdirektor Richtlinien und koordinierte Massnahmen für einen erweiterten Zugang zu «Mythos» und für Unterstützung von Unternehmen, weil diese mit dem Schliessen aufgedeckter Lücken nicht Schritt halten könnten. «Mythos» wurde nur rund 40 US-Institutionen und einigen Partnern freigegeben. Die EU verhandelt, hat aber noch keinen Zugriff.

Pentagon und Trump-Regierung im Streit mit Anthropic

Weil Dario Amodei dem Pentagon die Nutzung seines Sprachmodells für die Massenüberwachung der US-Bevölkerung und für vollautomatisierte Waffensysteme verweigerte, kündigte das Pentagon den 200-Millionen-Vertrag mit Anthropic und stufte das Unternehmen als «Risiko für die Lieferkette» ein (siehe Infosperber vom 26.2.2026). Dagegen erhob Anthropic Klage.

Sobald der Vertrag mit Anthropic hinfällig war, nutzten der CEO von OpenAI, Sam Altman, und der Tech-Gigant Elon Musk ihre Chance und schlossen Verträge mit dem Pentagon. Sam Altman erklärte, dass er dieselben Bedingungen wie Anthropic in seinem nachträglich verbesserten Vertrag, ausgehandelt habe.

Eine gemeinnützige Allianz für Sicherheit hielt in einem Brief an den Kongress fest, dass eine frühzeitig aufgestellte und klare KI-Richtlinie eventuell den Rechtsstreit verhindert hätte. Der CEO von Anthropic lehnte voll autonome Waffen nie generell ab. Er argumentierte in einer längeren Abhandlung, er könne nicht, wie verlangt, jeder rechtmässigen Nutzung zustimmen, solange, wie im vorliegenden Fall, die Gesetzgebung der dynamischen Technologie nachhinke. Das Pentagon erklärte, dass es den von Anthropic befürchteten Einsatz gar nicht plane, könne aber das Diktat eines zivilen Unternehmens nicht hinnehmen. Darin liegt der grosse Streitpunkt.

Anthropic wächst – Bevölkerung will KI-Regulierungen

Wegen des raschen Deals von OpenAI mit dem Pentagon deinstallierten zahlreiche Nutzerinnen und Nutzer ihren Account und wechselten zu Anthropic. Dessen Wachstum – auch wegen seiner Tools – ist phänomenal. CNBC hielt Ende April fest, Anthropic werde inzwischen mit rund 900 Milliarden Dollar höher als OpenAI bewertet. Das Pentagon nutzt trotz der zahlreichen inzwischen abgeschlossenen Verträge mit andern Tech-Firmen und zahlreichen Vorwürfen weiterhin die Tools von Anthropic.

Gemäss einem Bericht vom März 2026 zu einer Umfrage von Fathom, einer unabhängigen gemeinnützigen US-Organisation, verlangen parteiübergreifend zwei Drittel der Befragten KI-Sicherheitsregeln, insbesondere für Arbeitsplätze und für Kinderschutz. Sie wollen aber auch, dass die USA im KI-Wettlauf führend bleiben. Diesbezüglich gibt es parteiübergreifenden Konsens.

Es ist für die Regulierungsfrage bedeutsam, dass sich viele Mitarbeitende verschiedener Tech-Firmen für mehr Sicherheit einsetzen. Hunderte forderten in einem offenen Brief, die Einstufung von Anthropic als «Risiko für die Lieferkette» sei zurückzuziehen. Es gab Proteste von zahlreichen Mitarbeitenden, als Google

Ende April 2026 als drittes grosses Unternehmen nach OpenAI und Elon Musks xAI eine Vereinbarung mit dem Pentagon unterzeichnete. Im Wettkampf um Talente ist es für Tech-Unternehmen entscheidend, ob sie die besten KI-Mitarbeitenden rekrutieren und halten können.

Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass Sam Altman's grösster Rivale, das Tech-Unternehmen Anthropic, von den Geschwistern Amodi gegründet wurde, die OpenAI verliessen, weil dieses die Sicherheitsfrage vernachlässigt habe (siehe Infosperber vom 18.7.2025).

Bisher nur bundesstaatliche Regulierungen

Die fehlende nationale KI-Regulierung hat zu Aktivitäten der Bundesstaaten geführt. Einzelne demokratisch regierte Bundesstaaten – so Kalifornien und New York – haben zum Ärger von Trump weitgehende KI-Regulierungen mit Transparenzvorschriften für die Tech-Unternehmen verabschiedet. Gemäss der von Trump im Dezember 2025 erlassenen Executive Order sind innovationshemmende KI-Gesetze der Bundesstaaten ausser Kraft zu setzen. Innerhalb einer Frist von 90 Tagen sollten diese ermittelt werden. Die Frist verstrich bisher ohne Folgen.

Aber nicht nur demokratisch regierte, auch republikanisch dominierte Bundesstaaten sahen sich auf Druck der Bevölkerung veranlasst, KI-Regulierungen zu erlassen. Auslöser waren der wachsende Widerstand gegen Rechenzentren und fehlende Regulierungen von Social Media, insbesondere zum Schutz von Kindern. Mit dem Hinweis auf ein von Algorithmen gesteuertes Suchtverhalten wurden erste wegweisende Gerichtsurteile gefällt.

Das im März 2026 von Trump erlassene National Policy Framework als Rahmen für ein nationales Gesetz akzeptiert die niederschweligen KI-Gesetze, hält aber fest, dass bundesstaatliche KI-Regulierungen ausser Kraft zu setzen sind, falls sie im KI-Wettrennen bremsend wirken. Gemäss Kommentaren dürfte diese Verletzung föderaler Kompetenzen im Kongress nicht mehrheitsfähig sein.

Starke Gegenkräfte gegen KI-Regulierungen

Die Regulierungsfrage ist längst ein wichtiges Thema im Vorfeld der Midterm-Wahlen vom kommenden November geworden. Für Kampagnen werden Fonds in sogenannten Political Action Committees, PAC's, geäufnet. Aktiv sind vor allem die Regulierungsgegner von Big Tech. Zu den Unterstützern des Super-PAC «Leading the Future» zählen unter anderen der Präsident und Mitbegründer von OpenAI, Greg Brockman, der Risikokapitalgeber und Mitbegründer von Palantir, Joe Lonsdale und die Risikokapitalfirma Andreessen Horowitz. Im April 2026 wurden Zusagen für Spenden im Umfang von 140 Millionen Dollar ausgewiesen. «Leading the Future» ist vernetzt mit «Build American AI», das Influencer finanziert, die vor China als Gefahr im KI-Wettlauf warnen, ohne dass die Geldgeber bekannt gemacht werden. Diese Warnung ist parteiübergreifend in den USA sehr wirksam.

Wie diese PAC's ihre Mittel im Vorfeld der Kongresswahlen einsetzen, zeigt sich in folgendem Beispiel: Alex Bores, ein ehemaliger Mitarbeiter von Palantir, der die Firma wegen ihrer Aktivitäten verliess, geriet ins Schussfeld. Er unterstützte das oben bereits erwähnte KI-Gesetz im Bundesstaat New York. Dieses trat im Dezember 2025 in Kraft und verlangt von KI-Labors öffentlich zugängliche Sicherheitspläne. Unterstützt wird Alex Bores von Public First Action, mitfinanziert von Anthropic. Der PAC steht für Transparenz und öffentliche Kontrolle. Er hebt sich klar von anderen PAC's ab, wie zum Beispiel von den beiden Super-PAC's gegen KI-Regulierungen, die Meta mit 65 Millionen Dollar unterstützt.

Unter den kapitalkräftigen Tech-Firmen hinter diesen PAC's mischt Palantir kräftig mit. Diese Firma hat kürzlich mit dem 22-Punkte-Programm ihres CEO's und Mitbegründers Alex Karp ihr Weltbild offengelegt. Das antidemokratische, als KI-Technofaschismus bezeichnete politische Modell von Alex Karp wurde in zwei Infosperberartikeln ausgeleuchtet (vom 5./8. Mai 2026: «Palantir: Die unheimliche Firma geht in die Offensive» und (Palantir: Das KI-Zeitalter löst das Atombomben-Zeitalter ab).

Mit KI den Antichristen und damit die Apokalypse aufhalten

Die Ideen eines Alex Karp werden von einer Reihe weiterer einflussreicher Tech-Milliardäre geteilt, insbesondere auch vom Palantir-Mitbegründer Peter Thiel. Er verbindet autoritäres, durch KI gesteuertes Denken mit einer bei den evangelikalen Christen der USA verbreiteten Endzeiterwartung. Gestützt auf biblische Quellen soll am Ende aller Zeiten der Antichrist – ein falscher Prophet – eine Weltherrschaft errichten. Es droht die Apokalypse, falls diese nicht durch eine Gegenkraft, bezeichnet als Katechon, aufgehalten wird.

Peter Thiel sieht in internationalen Organisationen und Regulierungen das Werk des Antichristen, den die USA dank KI aufhalten können. Deshalb darf KI nicht mit Regulierungen gebremst werden. Die Wirkung dieser abstrusen Ideen in den USA darf nicht unterschätzt werden. Tausende, mit Beteiligung der Trump-Regierung, zeigten sich am 17. Mai 2026 an einem Gebetstag in Washington überzeugt, dass die USA als christliche Nation das Böse der Welt besiegen würden. Thiel arbeitet im Hintergrund mit viel Erfolg. Sein Einfluss reicht in die Trump-Regierung. Er unterstützte Vance, der ähnlich denkt, mit Millionen im Wahlkampf für den Kongress und empfahl ihn Trump als Vizepräsidenten.

Zum Ärger von Trump verwarft sich Papst Leo gegen eine Vereinnahmung des Evangeliums durch die Politik Trumps. Man kann sich fragen, ob Peter Thiel selber der Antichrist sei, denn sein Werk, die Software von Palantir, ist in der Hand von Despoten das ideale Tool für eine unheimliche Weltregierung, die er mit der KI-Dominanz der USA ja gerade verhindern will.

Wie die KI-Regulierung der Trump-Regierung konkret aussehen wird, ist noch unklar. Der Spagat zwischen der Eindämmung von Sicherheitsrisiken und einem Machtpoker mit zum Teil religiösem Überbau dürfte schwierig werden.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
21.5.2026



Neue Hürde für Freie Entwickler von Android-Apps:
Sie müssen sich bei Google registrieren. © Depositphotos

So erlangt Google endgültig Hoheit über unsere Mobiltelefone Google erlaubt künftig nur noch registrierte Programme. Damit werden unsere Alltagsgeräte zu zentral kontrollierten Endgeräten.

G. Schwarzschild

Red. Unter dem Pseudonym G. Schwarzschild schreibt ein:e IT-Expert:in und Entwickler:in freier Software. Das Pseudonym dient sowohl dazu, ehrlich und klar Kritik zu äussern, als auch frei von den Interessen der Arbeits- und Auftraggebenden Tatsachen und Meinungen wiederzugeben. Die Person ist der Redaktion bekannt.

Im August 2025 kündigte Google an, neue Sicherheitsmassnahmen für zertifizierte Android-Geräte einzuführen. Das betrifft vor allem Smartphones und Tablets. Google betont zwar, dass auch künftig Programme ausserhalb ihres Play-Stores vertrieben werden könnten – dies entspreche ihrem Verständnis eines offenen Systems. Doch Google will die Quellen dieser Programme kontrollieren. Die Urheber von Android-Apps müssen deshalb bei Google mit offiziellen Dokumenten registriert sein. Die neuen Regeln sollen ab Herbst 2026 in ersten Regionen gelten und ab 2027 alle derzeit etwa 3,9 Milliarden Android-Geräte weltweit betreffen.

Bisher können Apps, die nicht von Google stammen, relativ einfach auf Android-Geräten installiert werden: Beim ersten Klick wird die Installation von solchen Apps – ob selbstgebaut, im Internet gefunden oder durch Bekannte via Messenger verteilt – zwar verhindert, doch dann wird man dazu aufgefordert die Installation der App in einem speziellen Menu zu erlauben. Beim nächsten Versuch gelingt es dann.

Unter dem Vorwand, die auf die Fahne geschriebene Offenheit mit Sicherheit ausgleichen zu müssen, erschwert Google künftig die Installation von Software auf zwei Dritteln der mobilen Geräten weltweit ungemain. Der Konzern stützt sich dabei auf eine nicht weiter belegte Behauptung, nämlich, dass der Konzern in Apps aus dem Internet 50-mal mehr Schadsoftware gefunden habe als in den Apps, die Google in seinem Play-Store verbreitet.

Neu sollen alle Nutzer und Nutzerinnen eine neun Schritte umfassende Prozedur absolvieren, um ihre Entwicklereinstellungen zu aktivieren und dann eine 24-stündige «Abkühlperiode» abwarten, die der Abwehr von Betrügern dienen soll. So zementiert der Techgigant endgültig seine Vormachtstellung auf der eigenen, ursprünglich als offene Alternative zu Apples iOS-Betriebssystem vermarkteten Plattform. Die Wahl liegt also künftig zwischen Teufel und Beelzebub, deren Hauptsitze bloss eine Viertelstunde Autofahrt auseinanderliegen.

Die grundlegende Frage: Wem gehört ein gekauftes Gerät?

Oberflächlich betrachtet betrifft die Neuerung lediglich schlechter betuchte Entwickler und deren Apps, also Studentinnen, Hobby-Entwickler und allenfalls Entwicklerinnen aus den Peripherien der kapitalistischen Zentren, welche sich die anfallenden Gebühren nicht leisten können.

Doch es geht auch um die grundsätzliche Frage: Wem gehört ein Gerät? Früher war dies einfach zu beantworten: Wer ein Objekt erwarb, dem gehörte dieses auch. Ob Hammer, Pfanne, Akkuschauber, Kühlschrank, Toaster oder Computer, einer Besizerschaft stand es grundsätzlich frei, die Geräte wie von der Herstellerin vorgesehen zu nutzen, oder nach eigenem Gutdünken zu verwenden, verändern oder anpassen zu lassen. Was im Kühlschrank gekühlt, was im Toaster getoastet und wozu die Drehung des Akkuschraubers wie lange genutzt wird, ging ausser die Nutzenden niemanden etwas an.

Mit den digitalen Geräten ist dies anders. Computer waren einmal einfach Werkzeuge, welche brav den Programmcode hinunterratterten, den ihre Nutzer ausführen wollten. Apple und Microsoft haben den Weg in jene Zukunft geebnet, in welcher unsere digitalen, allgegenwärtigen Werkzeuge lediglich noch ferngesteuerte Endgeräte sind. Ob unerwünschte Softwareupdates, neue «Features» die niemand braucht oder möchte: Längst haben wir uns daran gewöhnt, dass uns unsere Geräte «zu unserem Schutz» im Zweifelsfall nicht gehorchen.

Die essenzielle Infrastruktur unseres Lebens

Unser Problem ist, dass wir unsere Begegnungen mit der digitalen Welt als Konsumerfahrungen wahrnehmen. Dabei nutzen wir mit unseren digitalen Werkzeugen essenzielle Infrastruktur unseres modernen Lebens. Allen ist klar, dass das Bestreiten eines Alltags ohne digitale Begleiter geradezu unmöglich ist. Und trotzdem tun wir so, als müsste die Herrschaft über die Geräte natürlicherweise bei den US-amerikanischen Konzernen liegen. Selbstverständlich würden Strombetreiber vom Markt verbannt, die sich anmassten mitzubestimmen, wofür der Strom gebraucht werden soll. Ohne, dass irgendjemand dies in Frage zu stellen wagte, unterstellen wir die Versorger unserer Mobilitätsbedürfnisse essenzieller Regulierung zum Schutz der Bevölkerung. Doch in digitalen Angelegenheiten scheint dies anders.

Die Diskussionen um die Neuerung drehen sich in Tech-Kreisen vor allem darum, dass Google seine einst selbst geschaffene Vormachtstellung verliert im Markt der Geräte, welche sich von ihren Nutzern und Nutzerinnen kontrollieren lassen. Doch der gesellschaftliche Diskurs müsste sich grundlegenderer Themen annehmen. Mit der Neuerung droht nämlich ein System verloren zu gehen, welches von Unternehmen oder Staaten nach eigenen Bedürfnissen konfiguriert und erweitert werden kann, ohne von einem kalifornischen Tech-Giganten gesteuert zu werden. Was Google bei dieser Neuerung bewusst weg lässt: Ist die neue Regelung erst einmal in Kraft, ist es allein an Google, über die Möglichkeit zu bestimmen, ob eine App ausgeführt werden darf. Das Tor zur Zensur ist geöffnet.

Soll Google nicht von der geplanten Verschärfung absehen, sind die Möglichkeiten an einer Hand abzählbar. Da die wenigsten Nutzer und Nutzerinnen selbst sogenannte Android Package Kits (APK) zur Installation von Apps verwenden, werden sie auch keine Veränderung bemerken. Auch wer keine quelloffene Software nutzt, wie sie zum Beispiel durch F-Droid vertrieben wird, ist nicht direkt betroffen.

Android-Derivate erlauben auch andere Software

Ist man aber – aus welchen Gründen auch immer – auf die gemeinschaftliche Nutzung solcher Apps angewiesen, möchte man zum Beispiel die quelloffene Version von Threema oder Telegram nutzen oder will man sich von der potenziellen Zensurinstanz Google befreien, hilft nur der Schritt weg von den zertifizierten hin zu Android-Derivaten. Diese erlauben auch in Zukunft die Nutzung von Software, die nicht durch Google zertifiziert ist. Dies bedeutet allerdings eine grobe Einschränkung bei der Auswahl der Geräte, denn nicht alle Android-Derivate laufen auf allen Smartphones. Es braucht ausserdem eine gewisse Erfahrung, die man sich entweder selbst aneignen muss oder die von Freunden, Bekannten und IT-Experten erbracht wird.

Wirkliche Alternativen bieten sich also kaum. Google wagt den Rundumschlag gegen die Entwicklerinnen und Nutzenden von Freier und Open-Source-Software und tut dies unter dem Deckmantel von Sicherheit. Dabei dürfte inzwischen allen klar sein, dass quelloffene Software, gerade wenn sie durch freie Lizenzen unabhängige Erweiterungen und Derivate explizit erlaubt, die sicherste und nachhaltigste Lösung ist. Freie Software hat die Welt in jedem Segment erobert, welches lange genug auf dem Markt ist, damit die Heerscharen von freiwilligen Entwicklern anfängliche Marktvorteile der proprietären Softwarefirmen wett machen konnten. Sie ist das nachhaltige Rezept für sichere, unabhängige Infrastruktur und gegen Elektroschrott – beides wird immer wichtiger.

Spielregeln oder Verbote

In einer halbwegs funktionierenden Welt gäbe es noch eine weitere Möglichkeit. Einerseits könnten Gesetzgeber festlegen, dass solche Praktiken – also ans Internet angeschlossene Geräte zu verkaufen, welche zentral von internationalen Grosskonzernen gesteuert werden – eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstel-

len und jeglicher Marktlogik widersprechen. Folgerichtig müssten sie entweder Spielregeln dafür festlegen oder solche Praktiken ganz verbieten. Andererseits müssten wir auf gesellschaftlicher Ebene die Dringlichkeit anerkennen, mit welcher unser Leben vom intellektuellen Eigentum des Silicon Valleys abhängt und präventiv nachhaltig in Alternativen investieren. Denn diese existieren und sind bereit, auch massenhaft genutzt zu werden. Sie benötigten aber teilweise Anpassungen an Kontexte und Bedürfnisse und – um denn tatsächlich Sicherheit zu garantieren – unabhängige Sicherheitsprüfungen.

Alternative Software-Vertriebe wehren sich

F-Droid und zahlreiche weitere Vertreiber von alternativen Open-Source-Programmen fürchten um ihre Existenz, wenn Google die Apps von nicht-registrierten Entwicklern auf allen Android-Geräten sperrt. Sie rufen zum Widerstand auf und haben gemeinsam die Initiative Keep Android Open gestartet. Deren Botschaft lautet: «Dein Handy wird bald nicht mehr dir gehören.»

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

23.5.2026



Palästinenser ergeben sich 1948 in der Stadt Ramle südöstlich von Tel Aviv den israelischen Streitkräften. © Wikimedia Commons/Eldad David/GPO

Dramatische Rettungsmission aus Gaza unter Kriegsbedingungen Die UNRWA schaffte Archive der Palästinenser ausser Land, um deren kollektive Erinnerung und politische Ansprüche zu wahren.

upg.

Die Archiv-Dokumente haben eine strategische Bedeutung, schrieb der «Guardian» und dokumentierte eine aussergewöhnliche, teils geheime Rettungsaktion des UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA), bei der über zehn Monate hinweg ein riesiges Archiv zur palästinensischen Flüchtlingsgeschichte aus Gaza und Ostjerusalem in Sicherheit gebracht wurde.

Im Folgenden fassen wir den «Guardian»-Bericht zusammen:

Was geografisch wie eine kurze Strecke erscheint – von Ostjerusalem nach Amman –, wurde 2024 zu einem hochriskanten Unterfangen. Die Rettung der Archive erforderte verdeckte Operationen über mehrere Länder hinweg, Transporte unter Bombenbeschuss sowie diplomatisches und logistisches Improvisieren. Mitarbeitende schmuggelten Dokumente in «unmarkierten Umschlägen» über Grenzen, während andere Bestände per Militärflugzeug ausgeflogen wurden.

Besonders kritisch war die Lage in Gaza: Kurz nach Beginn der israelischen Offensive mussten internationale UNRWA-Mitarbeitende das Gelände in Gaza-Stadt verlassen und konnten die Archive nicht mitnehmen. Zurück blieb ein riesiger Bestand historischer Dokumente – akut bedroht durch Luftangriffe oder mögliche Beschlagnahmung.

Ein UNRWA-Vertreter sagte: «Es bestand ein echtes Risiko, dass die Israelis sie zerstören oder dass sie einfach durch Feuer oder Explosion vernichtet werden.»

Historischer Schatz mit politischer Sprengkraft

Die Archive enthalten unter anderem originale Registrierungsunterlagen palästinensischer Flüchtlinge von 1948, sowie Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden über Generationen hinweg. Sie dokumentieren Flucht,

Vertreibung und Besitzverhältnisse – und sind damit zentral für jede mögliche spätere Klärung von Rückkehr- oder Eigentumsansprüchen.

Roger Hearn, der die Operation leitete, erklärt die Tragweite gegenüber dem «Guardian»: «Ihre Zerstörung wäre katastrophal gewesen. [...] Das ist die einzige Evidenz, mit der Menschen zeigen können, dass einst Palästinenser an einem bestimmten Ort lebten.»

Jean-Pierre Filiu Professor für Internationale Beziehungen in Paris, nennt die Dokumente «entscheidend für die palästinensische Erfahrung», da sie detailliert festhalten, «wie Menschen 1948 zur Flucht gezwungen wurden, woher sie kamen und was zerstört wurde».

Politische Spannungen und gezielte Bedrohung

Die Rettung fand vor dem Hintergrund massiver Spannungen zwischen Israel und der UNRWA statt. Israel wirft der Organisation seit Jahren vor, den Flüchtlingsstatus über Generationen hinweg zu verewigen und anti-israelische Inhalte zu verbreiten. Nach dem Hamas-Angriff 2023 beschuldigte Israel einzelne UNRWA-Mitarbeiter der Beteiligung.

Parallel verschärfte sich der Druck auf UNRWA-Einrichtungen, insbesondere in Ostjerusalem: Proteste, Brandanschläge und politische Initiativen zur Vertreibung der Organisation. «Wir hatten monatelang Warnungen, dass wir den Zugang verlieren würden», so ein UNRWA-Vertreter.

Verdeckter Abtransport und internationale Logistik

In Gaza transportierten kleine Teams unter Lebensgefahr die Archiv-Dokumente in mehreren Fahrten nach Rafah. Da Ägypten eine Ausfuhr nur mit israelischer Zustimmung erlaubt hätte – was als zu riskant galt –, wurden die Unterlagen heimlich durch UNRWA-Mitarbeitende mit ausländischen Pässen nach Ägypten gebracht. «Wenn jemand kontrolliert wurde, sagte er einfach, er habe Papier dabei», beschreibt ein Beteiligter die improvisierte Tarnung.

Anschliessend wurden die Dokumente in Ägypten gesammelt und mithilfe des jordanischen Militärs nach Amman geflogen – teils nur wenige Tage vor dem Einmarsch israelischer Truppen in Rafah, der den Fluchtweg endgültig geschlossen hätte.

Parallel dazu wurden unter Zeitdruck auch die Archive in Ostjerusalem heimlich ausgelagert, nachdem diplomatische Lösungen gescheitert waren. Anfang 2025 verbot Israel der UNRWA die Tätigkeit in Israel und den besetzten Gebieten.



1948 eröffnete die UNRWA im Westjordanland 93 Schulen, viele im Freien. © UNRWA

Digitalisierung als Sicherung für die Zukunft

In Amman begann eine gross angelegte Digitalisierung: Über fünfzig Mitarbeitende scannten in beengten Räumen Millionen Dokumente. Rund dreissig Millionen Dateien sind bereits erfasst. Ziel ist es, palästinensischen Flüchtlingen künftig vollständige Familienregister zur Verfügung zu stellen und die Vertreibungsmuster von 1948 kartografisch aufzuarbeiten.

Über den Stellenwert der Archiv-Dokumente sagte Historikerin Anne Irfan gegenüber dem «Guardian»: «Die Palästinenser sind staatenlos und haben kein einheitliches nationales Archiv. [...] Deshalb hat das UNRWA-Archiv eine besondere Bedeutung.»

Gleichzeitig eröffnen die digitalisierten Bestände neue Forschungsmöglichkeiten zur Geschichte des Nahostkonflikts – einer «hoch umstrittenen Geschichte», die laut Irfan «sehr reale Auswirkungen auf die Gegenwart» habe.



Oft muss mehr Geld für Zinsen als für Bildung und Gesundheit ausgegeben werden.
© weyo/Depositphotos

Spekulation stürzt Entwicklungsländer in tiefe Krisen

Der Abfluss von Geldern aus armen Ländern übertrifft die Entwicklungshilfe um mehr als das Doppelte.

Markus Mugglin

«Spekulative Kapitalströme, die ungebremst um den Globus jagten, haben in den vergangenen Jahrzehnten ganze Kontinente in tiefe Krisen gestürzt.» «Die entfesselten Finanzmärkte haben mehr Verwüstung als Fortschritt verursacht.» Unerbittlich urteilt Patrick Kaczmarczyk in seinem Buch *«Zerfall der Weltordnung»* über das Wirken der globalen Finanzmärkte. Doch der Verdacht, dass der Ökonom eine ideologisch radikale Streitschrift vorlegt, trifft nicht zu. Seine Kritik gründet auf faktenfundierter Analyse.

Der Autor legt offen, wie die Finanzmärkte agieren und reagieren, wie sich die Devisenmärkte seit der globalen Liberalisierung nach Ende des Bretton Woods-Systems der Nachkriegszeit von der Realwirtschaft entkoppelt haben und schon nach drei Tagen die Summe des weltweiten Handelsvolumens übersteigen, wie wirtschaftliche Entwicklungen und Verwerfungen im globalen Norden die Länder im globalen Süden beschädigen.

Von Zinsendifferenzen und Spekulation

Scheinbar unspektakulär geschieht es. Es geht um Zinsdifferenzen und Währungshierarchien zwischen den Ländern. Wie die Akteure auf den Finanzmärkten damit umgehen. Das mag nach selbstverständlicher makroökonomischer Mechanik aussehen. Doch die Lektüre des Buches macht klar. Es geht um Riesengewinne und Riesenverluste.

Konkret: In den Ländern des Globalen Südens liegt das Zinsniveau meist höher als im reichen Norden. Nicht überraschend geschieht, was die Lehrbuch-Ökonomie verheisst: In den reichen Ländern günstig mobilisierendes Kapital wandert in die armen Länder, wo Kapital knapp und folglich teuer ist. Das bietet attraktive Anlagechancen. Die Spekulanten lassen sich nicht lange bitten, stellt Kaczmarczyk fest.

Je grösser die Zins- und folglich die Gewinndifferenzen zwischen den Ländern sind, umso mehr ziehen sie die Spekulation an. Hohe Erträge locken. Noch mehr liegt drin, wenn der Kapitalstrom stark anschwillt und so die Währung im Zielland aufwertet. Zum Zinsgewinn gesellt sich ein Kursgewinn. Die Aufwertung schwächt dann zwar die dortige Realwirtschaft, doch das kümmert den ausländischen Anleger zumindest kurzfristig nicht. Er muss nur schnell zum Rückzug bereit sein, um schnellen Gewinn zu realisieren. Darin ist sich die Spekulation geübt.

Umso grösser ist der Schaden, den ausländische Anleger in Ländern des globalen Südens oft anrichten. Unter der Aufwertung der Währung leidet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Exporte verteuern sich, Importe werden günstiger. Es kriselt, Kapitalabflüsse beschleunigen sich. Auf die Aufwertung der Währung folgt ein Ab-

sturz. Auslandsschulden zu bedienen wird schwierig. Überschuldung ist die Folge und nicht selten Zahlungsunfähigkeit.

Gefangen in einem Teufelskreis

«Dysfunktionale Strukturen» nennt es Kaczmarczyk. Währungshierarchien verfestigen die Ungleichheit zwischen Nord und Süd. An der Spitze der Pyramide steht der US-Dollar. Abgeschlagen zu unterst befinden sich die Währungen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Sie sind unsicher, volatil und wenig liquide. Sie werden kaum als Zahlungsmittel akzeptiert und schon gar nicht als Wertaufbewahrungsmittel, was zu hohen Risikoprämien führt.

Kaczmarczyk sieht die Länder des globalen Südens in einem Teufelskreis gefangen: Sie «stehen permanent unter Druck, die heimische Währung über hohe Zinsen zu stabilisieren. Gleichzeitig macht die Abhängigkeit von kurzfristigem spekulativem Kapital die Volkswirtschaften anfällig für externe Schocks». Ein plötzlicher Stimmungsumschwung auf den internationalen Finanzmärkten reicht aus, eine Finanz- und Währungskrise auszulösen. Es bedeutet – so Kaczmarczyk – dass die wirtschaftliche Steuerung «de facto von den Zentralbanken im Norden – allen voran von der US-Notenbank – bestimmt wird».

Finanzfluss von Süd nach Nord

Was nach trockener Lektion in Makroökonomie tönen mag, erweist sich als Schuldendrama: «Netto zahlten die Entwicklungsländer im Jahr 2023 insgesamt 847 Milliarden US-Dollar an Zinsen. Die Zinssätze auf den internationalen Finanzmärkten waren für sie doppelt bis vierfach so hoch wie in den USA und sechs- bis zwölfmal so hoch wie für Deutschland.»

Die Folgen sind dramatisch. Zuerst für die staatlichen Haushalte: «54 Länder, von denen nahezu die Hälfte aus Afrika kommt, mussten über 10 Prozent ihrer Budgets für Zinszahlungen aufwenden. Noch gravierender trifft es die Menschen in den stark verschuldeten Ländern: «Ungefähr 3,3 Milliarden Menschen – und damit mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung – leben in Ländern, in denen der Staat mehr Geld für Zinsen als für Bildung und Gesundheit ausgibt.»

«Die Entwicklungshilfe ist weder Problem noch die Lösung»

Was vermögen da die Gelder der Entwicklungshilfe? Der Autor sieht sie in mancher Hinsicht kritisch, bezeichnet sie aber als zweifellos besser als die teuren Alternativen auf dem Kapitalmarkt. Doch sie seien «kein geeigneter Hebel, um die enormen Kosten auszugleichen, die sich für die Entwicklungsländer durch die Dysfunktionalität der Kapitalmärkte ergeben.» Die Bilanz fällt tiefrot aus: «Für 2022 standen den 211 Milliarden US-Dollar, die die reichen Staaten als Entwicklungshilfe leisteten, insgesamt 443,5 Milliarden US-Dollar an Schuldendienstzahlungen gegenüber, die die Entwicklungsländer an die ausländischen Kreditgeber für die Bedienung ihrer öffentlichen Schulden aufbringen mussten.» Die Abflüsse übertreffen die Zuflüsse um mehr als das Doppelte.

Um den globalen Süden aus dem Teufelskreis herauszuführen fordert Kaczmarczyk eine neue Weltordnung. Die Länder des Globalen Südens bräuchten mehr finanzpolitischen Spielraum; nötig seien Eingriffe in die internationalen Kapitalmärkte wie einst im Bretton-Woods-System nach dem zweiten Weltkrieg, Massnahmen gegen spekulative Kapitalflüsse, gegen Steuervermeidungspraktiken und vieles mehr. Doch wie stehen die Chancen zur Umsetzung? Der Autor gibt sich keinen Illusionen hin, warnt aber zugleich: Auf den eigenen Vorteilen beharren und sich Reformen zu verweigern, könne sich als kurzfristig erweisen. «Die Ordnung der Nachkriegszeit droht uns vollends um die Ohren zu fliegen».



«Zerfall der Weltordnung»

«Warum gelingt es den Entwicklungsländern bis heute nicht, sich wirtschaftspolitisch zu emanzipieren, sich wenigstens teilweise abzukoppeln oder gar voll und ganz eigene Wege zu gehen?» So umschreibt Heiner Flassbeck, ehemaliger Chefökonom der Uno Organisation für Handel und Entwicklung Unctad, im Vorwort die Leitfrage des Buches «Zerfall der Weltordnung. Die Ignoranz des Westens und der Aufstand des Globalen Südens» von Patrick Kaczmarczyk. Der Autor analysiert auf 223 Seiten die globale Armut, fragt, «sind wir die Samariter der Welt?», kritisiert den «Dienst am Mammon», beschreibt die «Krise als Normalzustand» und schlägt «Grundzüge einer neuen Weltordnung» vor. Im Kapitel «Krise als Normalzustand» beschreibt er anhand der Länder Argentinien, Haiti, Kenia, Pakistan und Simbabwe exemplarisch, wie sich über lange Zeiträume Abhängigkeiten verfestigten statt reduzierten.

© Westend Verlag

Heiner Flassbeck, Patrick Kaczmarczyk: Zerfall der Weltordnung. Westend Verlag 2026, ca. 23 Franken (als Taschenbuch)



Der erste Tag des Irankriegs am 28. Februar 2026 geriet für die USA zum Desaster. Beim Bombardement einer Schule starben über hundert Kinder. Helfer gruben in den Trümmern nach Überlebenden.
© cc-by-4 Mehr/Wikimedia Commons

USA: Schutz von Zivilisten spielt keine Rolle mehr

Das Pentagon kürzt still und leise das Programm zum Schutz ziviler Kriegsoffer.

Daniela Gschweng

Die USA haben ihr Programm zum Schutz von Zivilpersonen im Krieg still und leise abgeschafft. So gut wie, zumindest. Was 2022 unter Präsident Joe Biden nach den verheerenden Erfahrungen in Afghanistan, Syrien und im Irak als Reformprojekt begann, existiert heute nur noch dem Namen nach.

Das Programm «Civilian Harm Mitigation and Response» (CHMR) sollte zivile Opfer bei US-Militäreinsätzen vermeiden, problematische Angriffe überprüfen und aus Fehlern lernen. Es war eine direkte Reaktion auf zahlreiche Fälle, in denen US-Streitkräfte in Syrien, Afghanistan oder Somalia Krankenhäuser, Moscheen, Schulen oder andere Schutzräume bombardiert hatten. Menschenrechtsorganisationen und Teile des Militärs hatten jahrelang Reformen gefordert.

Heute existiert CHMR offenbar nur noch auf dem Papier. Wie der «Guardian» und «Pro Publica» berichten, verfügt die Stelle inzwischen kaum noch über Budget, hat kein nennenswerte Personal mehr und kaum noch funktionierende Infrastruktur. Regelmässige Treffen finden nicht mehr statt, Datensysteme wurden weitgehend eingestellt. Was als Programm mit einem Budget von sieben Millionen Dollar und erfahrenem Personal begann, ist damit faktisch eingestellt.

Juristen als «Hindernisse»

Nur einen Monat nach seinem Amtsantritt ging Pete Hegseth ans Werk und entliess die obersten Militärjuristen der US-Streitkräfte, die sogenannten Judge Advocate Generals (JAGs). Diese überwachen normalerweise, ob Militäroperationen mit amerikanischem und internationalem Recht vereinbar sind. Hegseth bezeichnete sie öffentlich als «Hindernisse» (Roadblocks). Er strich Budgets zusammen und entliess Mitarbeiter. Ende Februar 2025 war die Abteilung für zivile Schadensbegrenzung laut ehemaligen Mitarbeitern so gut wie aufgelöst.

«Meiner Einschätzung nach haben sie nur den Anschein einer Behörde aufrechterhalten, weil Hegseth wegen illegaler Machenschaften unter Beschuss stand», sagt der ehemalige Air-Force-Offizier Wes J. Bryant, der das Programm zur Bewertung ziviler Schäden mit aufgebaut hatte, gegenüber dem «Guardian».

Bryant war im März 2025 beurlaubt worden, nachdem er öffentlich Kritik an den Kürzungen geäussert hatte. Im September trat er endgültig zurück. Seither warnt der Veteran offen vor einer Erosion militärischer Professionalität und rechtsstaatlicher Standards unter «Kriegsminister» Pete Hegseth.

Abschreckung durch maximale Härte statt internationales Recht

Statt internationaler Rechtsordnung scheint Hegseth, der das Verteidigungsministerium in «Kriegsministerium» umbenannte, eher auf «Viel Feind, viel Ehr» zu setzen. Das US-Militär soll Angst und Schrecken verbreiten. Niemand soll sich sicher fühlen, nirgendwo.

Eine kurzsichtige und dumme Einstellung, sagen Fachleute, auch solche aus dem US-Militär. Jeder unschuldige Tote produziere zehn neue Feinde – so formuliert es der pensionierte General Stanley McChrystal, ehemaliger Kommandeur der US- und Nato-Truppen in Afghanistan, gegenüber «ProPublica».

Andererseits: Es halten sich ja auch andere längst nicht mehr daran. Russland in der Ukraine nicht, Israel in Gaza nicht, die Konfliktparteien im Kongo nicht. Die USA waren nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich daran beteiligt, internationale Regeln zum Schutz von Zivilisten aufzustellen. Die Vorstellung, dass Zivilpersonen im Krieg besonders geschützt werden müssten, gerät ausgerechnet dort in Vergessenheit.

Tote in Minab hätten verhindert werden können

Wie gravierend die Folgen sein können, zeigt die Bombardierung einer Schule im Iran. Am ersten Tag des US-Angriffs auf Iran bombardierten die USA eine Schule in Minab, 156 Menschen starben, der Grossteil davon Kinder. Dass es sich um Bomben der USA handelte, gilt als sehr wahrscheinlich, auch wenn US-Präsident Donald Trump den Angriff dem Gegner zuschrieb.

In einem funktionierenden Schutzprogramm wären bereits Monate zuvor Vorbereitungen für einen möglichen Angriff auf Iran getroffen worden, skizziert «ProPublica» unter Bezug auf Fachleute. Die getroffene Schule liegt nahe an einem Marinestützpunkt, zu dem das Gebäude einst gehörte. Seit 2013 sei es als Schule markiert und hätte in einem Schutzprogramm frühzeitig auf eine sogenannte «No-Strike-Liste» gesetzt werden müssen.

Ob die Schule auf einer solchen Liste stand, ist eine noch offene Frage. UN-Menschenrechtsexperten forderten inzwischen Untersuchungen wegen möglicher Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht.

Mehr als politische Symbolik

Programme wie CHMR müssten Teil einer fortlaufenden Anstrengung sein, sagt Byrant. Die spontane Reaktion aller Kommandostellen auf Kritik laute immer: «Nein, wir haben keine Zivilisten getötet.» Alles andere gerate ins Wanken, wenn man diese Kultur einer höheren Toleranz gegenüber zivilen Opfern habe, warnt er.

Es sei schwer mitanzusehen, wie ein Kommandeur der Spezialeinheiten und Befürworter von CHMR einen umstrittenen «Double-Tap»-Angriff auf ein mutmassliches Drogenboot vor Venezuela verteidige, beschreibt er. Überlebende eines ersten Angriffs wurden bei einem Folgeangriff getötet. Solche Doppelangriffe verstossen gegen das Kriegsrecht.

Der «Guardian» weist darauf hin, dass die USA rechtlich verpflichtet sind, Anstrengungen zur Vermeidung ziviler Opfer zu unternehmen. Programme wie CHMR seien deshalb nicht bloss politische Symbolik, sondern Teil internationaler Verpflichtungen.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
27.5.026



Oft überschneiden sich die Symptome: Bipolare Störung? Depression? Krankhafte Angst?
© 142937881/Depositphotos

**Für ADHS, Depression, Autismus gibt es keine klaren Diagnosen
Selbst bipolare Störungen kann weder ein Gen- noch ein Bluttest feststellen, warnt ein
auf Diagnosen spezialisierter Psychiater.**

upg.

Alle diese Diagnosen beruhen auf Gesprächen, Beobachtungen und Einschätzungen darüber, ob Verhalten und Erleben einer Person zu einem bekannten Muster passen. Patientinnen und Patienten dürfen nicht davon ausgehen, dass ein Psychiater – ähnlich wie bei einer Infektion oder genetischen Krankheit – eine klar identifizierbare Störung im Gehirn «finden» kann. Für psychische Erkrankungen gibt es weder einen Gen noch einen Bluttest. Das sagt Psychiater Awais Aftab, der sich auf psychiatrische Diagnosen spezialisiert hat.

Die Diagnosen, die im amerikanischen Handbuch DSM und der europäischen ICD-11 von der WHO definiert sind, dienen hauptsächlich dazu, dass Krankenkassen die Behandlungen zahlen müssen. «Die Diagnose-Definitionen in diesen Handbüchern sind unwissenschaftlich und willkürlich», schrieb Peter C. Gøtzsche in seinem 2016 erschienenen Buch «Tödliche Psychopharmaka».

In der «New York Times» zählte Aftab auf, was Patientinnen und Patienten wissen sollten:

1. Grauzonen und Schwellenwerte

Psychische Symptome sind unter der Bevölkerung ähnlich verteilt wie etwa Intelligenz oder Körpergrösse. Diagnosen sind Schwellenwerte in einem fließenden Spektrum.

2. Symptome verstärken sich gegenseitig

Es sind selbstverstärkende Wechselwirkungen zwischen Symptomen, die psychische Störungen entstehen lassen. Beispiel: Schlaflosigkeit → Nervosität → Erschöpfung → sozialer Rückzug → Grübeln → weitere Schlafprobleme.

3. Offene Entwicklung und Stadien

Frühe Symptome sind unspezifisch und können sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln. Ein ängstlicher Jugendlicher kann später Depression, eine Angststörung, Sucht, Psychose oder gar keine Störung entwickeln. Frühe Diagnosen sind daher häufig unsicher.

4. Kontext und Lebensanforderungen zählen

Viele Probleme entstehen nicht aus einer «inneren Störung», sondern aus einem Missverhältnis zwischen individuellen Eigenschaften und äusseren Anforderungen. Beispiel: ADHS-Symptome werden erst unter hoher Belastung klinisch relevant.

5. Symptome haben eine Bedeutung und Funktion

Emotionen wie Angst oder Traurigkeit sind evolutionsbiologisch sinnvolle Signale, warnen beispielsweise vor Gefahren oder signalisieren notwendige Veränderungen. Sie können jedoch «fehlzünden» oder sich verselbstständigen.

6. Die Persönlichkeit prägt Ausprägung und Therapie

Hinter ähnlichen Symptomen können sehr unterschiedliche psychologische Dynamiken stehen, beispielsweise Verlustangst contra Selbstkritik. Deshalb benötigen Patientinnen und Patienten mit gleicher Diagnose oft unterschiedliche Behandlungsansätze.

Aftab warnt vor dem Zuweisen von Etiketten. In der Praxis würden Patientinnen und Patienten im Lauf ihres Lebens unterschiedliche Diagnosen erhalten – auch je nach Perspektive des Psychiaters oder der Psychologin.

Deshalb laute die ehrliche Antwort auf die Frage «Welche Störung habe ich wirklich?» oft: «Keine eindeutige – gleichzeitig mehrere, die teilweise zutreffen.»

Psychische Störungen sind häufig keine Krankheit

Es gibt kein definiertes psychisches Krankheitsbild, sondern nur Symptome, die das Leben eines Menschen beeinträchtigen, schrieb Peter C. Gøtzsche in seinem Buch «Tödliche Psychopharmaka». Diese Symptome seien ständig weiter gefasst worden, so dass man mehr Menschen auf Kosten der Krankenkassen Psychopharmaka verkaufen könne: «Stimmungsschwankungen kommen bei normalen Menschen oft vor. Die Pharmaindustrie nutzt diese Tatsache geschickt, um Ärzten einzureden, viele depressive Menschen hätten eine bipolare Störung.»

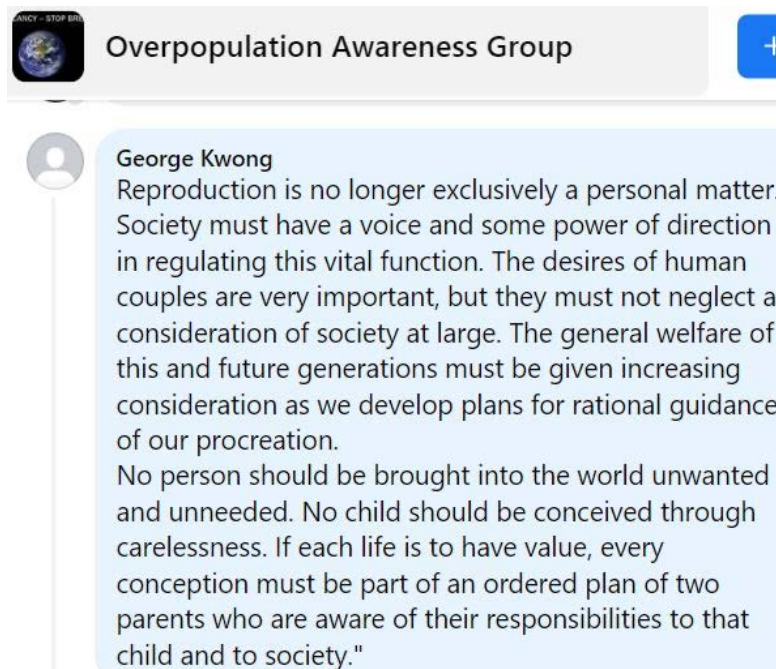
Die US-Behörde Centers for Disease Control and Prevention, die für die öffentliche Gesundheit zuständig ist, stellte im Jahr 2010 fest, dass neun Prozent der befragten Erwachsenen die Kriterien für Depression erfüllen würden. Für die Definition einer Depression genügte es, wenn man in den vergangenen zwei Wochen acht Tage lang wenig Interesse oder Spass daran hatte, etwas zu tun. Dazu musste eines der folgenden Symptome kommen: Schlafstörung, Nervosität, Unruhe, Appetitlosigkeit oder – im Gegenteil – zu üppiges Essen. Gøtzsche hält dies für unvernünftig: «Wenn die Freundin mit ihm Schluss macht, fühlt sich ein Jugendlicher während der gesamten zwei Wochen mies, schläft schlecht und isst wenig oder zu viel.»

Angst wiederum sei in der Regel ein psychisches Problem. Eltern wüssten gut, wie man mit Angst von Kindern umgehe.

Den heute massiven Einsatz von Psychopharmaka nennt der Wissenschaftler «die schlimmste Arzneimittel-epidemie aller Zeiten». Nicht nur das Einnehmen sei gefährlich, sondern auch das unsorgfältige und rasche

Absetzen. Statt dass die Kassen so viele Psychopharmaka bezahlen, sollten sie mehr für Psychotherapien beitragen, forderte Götzsche

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach außen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

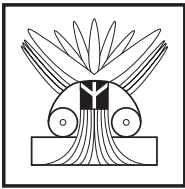


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol zu umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

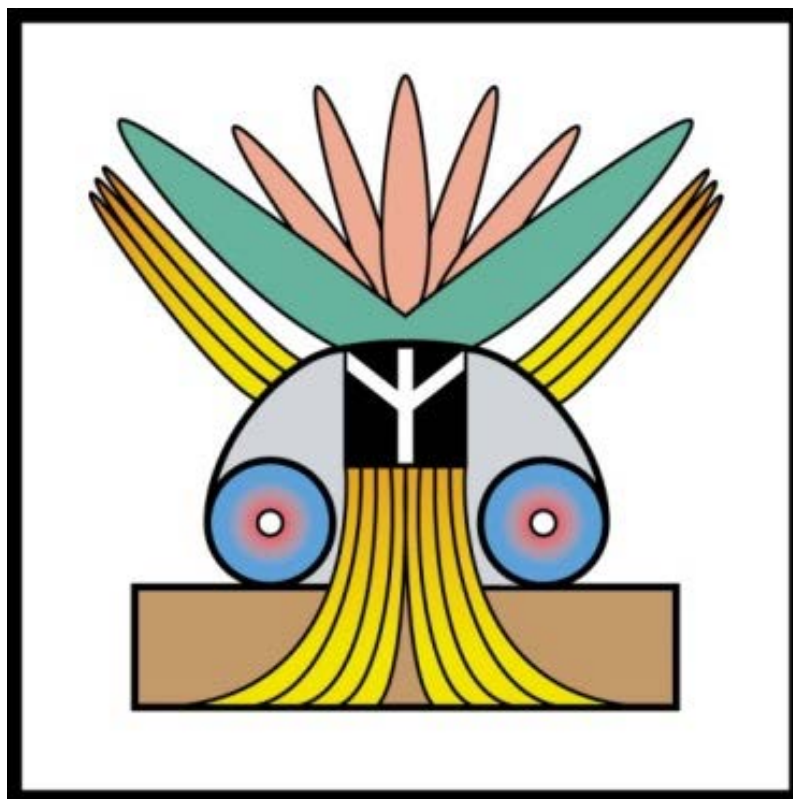
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffst Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ



EIPHNH
VREDE
平和
שרום
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

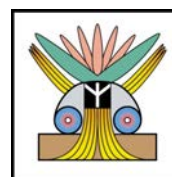
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleeber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz